Josef Frey - Materialien – 3. Sitzung des erweiterten EKKI der Komintern - Juni 1923

16 Dokumente, 53 Seiten, Faksimile

Die Situation in der österreichischen Partei, der KPÖ, war Thema der 3. Sitzung des EKKI, des erweiterten Exekutivkomitees der 3. Internationale (12.-23. Juni 1923). Neben dem Verhältnis zur Religion, dem russisch-englischen Konflikt, der Arbeiter- und Bauernregierung stand auch die Diskussion der Situation einer Reihe von Sektionen der Kommunistischen Internationale bzw. der Lage in den jeweiligen Ländern am Programm: Dänemark, Norwegen, Bulgarien, Japan, Italien, Schweiz und eben auch Österreich.

Hintergrund der Behandlung Österreichs war, dass der VI. Parteitag (März 1923) die „innere Krise" der Partei nicht „liquidiert" hatte, wie die *Rote Fahne* behauptet hatte (RF, 7.3.1923). Am Parteitag hatte eine heterogene Gruppierung um Karl Tomann und Franz Koritschoner eine Mehrheit erreicht, die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Das waren keine guten Voraussetzungen, um die fraktionellen Auseinandersetzungen zu beenden. Vor diesem Hintergrund hatte das EKKI entschieden, Österreich bzw. die KPÖ auf die Tagesordnung seiner 3. Sitzung im Juni 1923 zu setzen. Eingeladen waren die Wortführer der beiden Fraktionen, Franz Koritschoner und Josef Frey, die auch während der Sitzung in Moskau anwesend waren und an der Ausformulierung des Dokuments mitwirkten.

Letztlich konnte aber die Entscheidung des EKKI, der auch Koritschoner und Frey zustimmten, dass die fraktionellen Auseinandersetzungen aufhören müssten, nichts Grundlegendes ändern. Der Vertreter der Komintern in Österreich, Alois Neurath (1886-1955), griff letztendlich zu einer administrativen Maßnahme: Josef Frey wurde mit einem in Graz hergestellten falschen Pass am 23. Oktober 1923 nach Deutschland und Frankreich geschickt, wo er bis Ende August 1925 im Militärischen Nachrichtendienst der Roten Armee tätig war. Auch Tomann sollte Österreich verlassen.

Parallel zu diesen Maßnahmen trat der erst im März 1923 gewählte Parteivorstand zurück und wurde in Übereinstimmung mit der Komintern durch eine provisorische Leitung ersetzt, die die Partei bis zum VII. Parteitag im März 1924 führen sollte, deren personelle Zusammensetzung aber nicht öffentlich kommuniziert wurde. Ob nun diese provisorische Leitung „gewählt" (Rote Fahne, 9.3.1924) oder „bestimmt" wurde (Rote Fahne, 12.3.1924), darüber wurde die KPÖ-Mitgliedschaft nur widersprüchlich informiert.

Das Ergebnis konnte nicht ausbleiben: Weder die 3. Sitzung des erweiterten EKKI der Komintern noch die administrativen Maßnahmen des KI-Vertreters Neurath oder der Rücktritt des Parteivorstandes konnten die Krise der Partei nachhaltig beruhigen.

Die folgenden Dokumente bieten einen Einblick in die 3. Sitzung des EKKI und seiner österreichischen Kommission. Leider sind die Dokumente in ihrer Mehrheit nicht datiert, wir haben aber doch versucht, einer sowohl inhaltlichen wie chronologischen Ordnung zu folgen.

Manfred Scharinger, 19.4.2026

Dokumente zur österreichischen Frage auf der 3. Sitzung des erweiterten Exekutivkomitees der 3. Internationale (12.-23. Juni 1923)

Nr.	Autor	Dokument	Zeit	Seiten
1	Josef Frey	Memorandum über die Krise in der K.P.Ö.	16.6.1923	9
2	[Franz Koritschoner]	Die Nachwirkungen der Parteikrise in Österreich	[Juni 1923]	4
3	[Alois Neurath]	Resolutionsprojekt der Österreichischen Kommission	[Juni 1923]	4
4	[Josef Frey]	Resolutionsprojekt der Österreichischen Kommission [Fragment]	[Juni 1923]	5
5	[Ossip Aaronowitsch Pjatnitzky]	Resolutionsprojekt der Österreichischen Kommission [beschädigt]	[Juni 1923]	5
6	[Josef Frey]	Abänderungsvorschläge [zum Entwurf Alois Neurath / Nikolai Alexandrowitsch Miljutin] [beschädigt]	[Juni 1923]	1
7	[Josef Frey]	Abänderungsvorschläge zum Resolutionsentwurf des Genossen Pjatnitzky	[Juni 1923]	1
8	Josef Frey	Vorschläge der Opposition	21.6.1923	5
9	Franz Koritschoner (?)	Zur Liquidierung der Nachwirkungen der österreichischen Parteikrise	[Juni 1923]	4
10		[Abschriften und Zusammenfassungen diverser Briefe und Berichte über die Lage in der KPÖ im Frühjahr 1923]	[ca. Juni 1923]	8
11		Aus dem Brief des Genossen Emitin an das Präsidium des EKKI	28.2.1923	1
12		Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der KPÖ von 8. Mai 1923	8.5.1923	1
13		Rundschreiben des Präsidiums der KPÖ (G. Fiala, A. Ketzlik, K. Tomann) an die Landesleitungen und Lokalausschüsse der KPÖ.	10.7.1923	1
14	Inprekorr	Österreichische Frage (Inprekorr 1923, Nr. 113, S.996)		1
15	Rote Fahne	Die erweiterte Exekutive zur österreichischen Frage (Rote Fahne, 10.7.1923, S.3)	10.7.1923	1
16	Josef Frey	An die Exekutive der KI. Werte Genossen	17.7.1923	2
				53

Die Nummer 10 der Materialiensammlung besteht aus einer Zusammenstellung folgender Dokumente:

1 Gen. Emitin und Kreibich an das ZK der KPÖ
2 Brief des Bevollm. des EKKI Emitin und Kreibich an das Präsidium der KI Moskau
3 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des PV der KPÖ, Mittwoch, 25. April 1923
4 Aus dem Brief des PV der KPÖ an das Präs, des EKKI
5 Bericht Nr. 4 An das Präsidium d. EKKI, Wien, 2.5.1923
6 Friedländer und Frey an das EKKI, Wien, 25. April 1923
7 Aus dem Bericht der Minderheit des Landesparteitages Wien 18. April 1923
8 Aus dem Bericht über den Streik der steirischen Bergarbeiter an die Prof. (intern) und des mit,europ. Büros der RGI, Wien, 11. April 1923
9 Aus dem Bericht 3 an das Präs. d. EKKI, Wien, 5. April 1923
10 Aus dem alten Material
11 Aus dem Antrag Frey (Intern für Mitglieder des PV und für Mitglieder der Kom. Fraktion des engeren Gewerkschaftsrates).
12 Antrag der Gewerkschaftsabteilung der KPÖ an den Parteitag
13 Die Vertreter d. Parteiminderheit Gen. Friedländer und Richter an das EKKI. Wien, 21. März 1923
14 Aus der Beilage zum Protokoll PVS 23. II Antrag Friedländer, o.D.

Memorandum zur Krise in der K.P.Oe.

Der Anfang März abgehaltene Parteitag hat die Krise in der Partei nicht lequdiert. Es bestehen folgende Gegensätze:

A In politischer Beziehung.

1. Die Losung der Arbeiterregierung.

In Fortsetzung der seit 2 Jahren befolgten Einheitsfronttaktik ist die Partei unter dem Druck der zugespitzen Lage nach gründlicher Vorbereitung der Mitgliedschaft dazu übergegangen, alle Teilkämpfe durch die politische Hauptlosung " Weg mit der Seipelregierung! - Her mit der Arbeiterregierung!" zusammenzufassen. Diese Losung wurde schon vor dem Parteitag ausgegeben. Der Parteitag hat diese Taktik einstimmig gebilligt.

Seit dem Parteitag wie abgeschnitten. Obwohl die Partei während dieser Zeit wiederholt die Regierunsfrage aufgeworfen hat unterliess sie es den Massen positiv den Weg zu zeigen. Erst unter dem Druck unserer Kritik auf dem Wiener Landesparteitag begann die Parteivorstandsmehrheit etwas einzuschwenken. Zunächst erschien ab und zu wieder das Wort Arbeiterregierung in der Roten Fahne, später wurde dann im Zusammenhang mit der Losung des Reichsbetriebsrätekongresses auf die Arbeiterregierung als auf ein dahinter liegendes fernes Ziel hingewiesen. Indes auch weiterhin weigerte sich die Parteivorstandsmehrheit die Losung der Arbeiterregierung als Propagandalosung auszugeben und dies, obwohl die Partei den Massen wiederholt zurief: Fort mit der Seipelregierung! Also Aufrollen der Regierungsfrage ohne die positive Lösung zu zeigen.

Die Parteivorstandsmehrheit beschränkt sich auf die Losson des Reichsbetriebsrätekongresses. Erst bis sie den Reichsbetriebsrätekongress tatsächlich zustande bringt, dann erst soll dieser den Kampf zum Sturz der Seipelregierung und zu ihrer Ersetzung durch eine Arbeiterregierung einleiten. Genau genommen heisst das: Die Partei lehnt es ab den Sturz der Seipelregierung früher herbeiführen zu wollen, bevor nicht der Reichsbetriebsrätekongress tatsächlich zusammen-getreten ist. Und das alles aus Furcht davor

dass wir in Oesterreich zunächst nicht zu einer Arbeiterregierung sondern zu einer sozialdemokratischen Regierung kommen würden, also zu einer Schwindelarbeiterregierung. Diese Argumentation übersieht dass selbst eine sozialdemokratische Regierung objektiv dazu beitragen würde den Zersetzungsprozess in der bürgerlichen Gewalt zu beschleunigen

Die Auffassung der Parteivorstandsmehrheit, dass die Losung der Arbeiterregierung erst ausgegeben werde dürfe, bis die Regierungsfrage akut ist, übersieht, dass die Massen unserer Losung im kritischen Augenblick nur folgen werden, wenn wir sie durch ausdauernde, klare Propaganda mit der Waren bedeuten dieser Losung vertraut machen. Der Aktionslosung der Arbeiterregie ung muss vorangehen die Propagandalosung der Arbeiterregierung. Wozu noch zu bemerken ist, dass die Arbeiterregierungsfrage in Oesterreich zwar nicht akut gewiss aber sehr aktuell ist.

Die unklare Einstellung in der Frage der Arbeiterregierung schwächt die Zugkraft aller unserer Losungen. Die Losung des Reichsbetriebsrätekongresses für sich isoliert, erfüllt heute in Oesterreich nicht einmal den Zweck einer Sammellosung. Die grosse Masse der österreichischen Arbeiter erwartet sich unter den heutigen Bedingungen vom Reichsbetriebsrätekongress an sich nicht viel. Weg mit der Seipelregierun- her mit der Arbeiterregierung! -das verstehen die Arbeiter, das rufen sie instinktiv wenn sie auf die Strasse gehen, um diese Losung als nächste politische Hauptlosung müssen wir die Massen sammeln, ihre Teilaktionen vereinigen. Im Zusammenhang mit dieser Losung wird die Losung des Reichsbetriebsrätekongresses den Massen verständlicher und wir können sie leichter dafür gewinnen.

Die unklare Einstellung der Parteivorstandsmehrheit wurzelt in unklaren Auffassungen über die Einheitsfronttaktik überhaupt.

2. Passivität.

Bei schwerwiegenden politischen Fragen (Warenumsatzsteuer, Zollverordnungen) hat die Partei erst Stellung genommen, beziehungsweise mit der Aktion erst eingesetzt (Wehrmachtsfrage, Arbeitslosenfrage im April) nachdem im Parlament die Entscheidung bereits ge-

gerallen war.

Seit Monaten begnügt sich die Partei gegen die wachsende Teuerung den Kampf in der Hauptsache nur zu führen durch Unterstützen und Vorwärtstreiben von Lohnbewegungen und Lohnkämpfen. Aber sie unterlässt es gleichzeitig auch direkt gegen die Teuerung selbst anzukämpfen.

Angesichts der Bedrohung Sowjet-Russlands durch England hat sich die Partei nur auf die Stellungnahme in der Presse beschränkt. Ein Antrag die Arbeiterschaft durch Massenversammlungen aufzurütteln wurde abgelehnt. Nicht einmal mit einem Aufruf hat sich die Partei in dieser Situation an die Massen gewandet, dabei wäre es möglich gewesen die Spitze dieser Aktion gleichzeitig gegen die Vereinigung der 2 und 2½ zu wenden.

Zwei wichtige politische Fragen hat die Partei überhaupt v vernachlässigt: Die Brotfrage und soweit ich bis zum Tage meiner Abfahrt sehen konnte, das Russisch Oesterreichische Handelssyndika

3. Die Taktik bei den bevorstehenden Wahlen.

Die Parteileitung hat durch ihre Unklarheit und durch das Verzögern der Klärung der S.P. zu einem politischen und organisatorischen Vorsprung von 6 bis 8 Wochen in der Wahlkampagne verholfen.

Es gibt in der Frage der Wahltaktik 3 Richtungen:

a) die Richtung Pollak will das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie um jeden Preis.-Zur Verteidigung des bedrohten Parlamentarismus. Diese Richtung entpuppt sich hier offen als das, als was wir sie seit 2 Jahren bekämpfen: als liquitadorisch.

b) Richtung Koritschoner: Diese Richtung will von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie um keinen Preis etwas wissen. Sie will auch von irgend einen Herantreten an die Sozialdemokratie nichts wissen. Sie sieht den Wahlkampf ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um eine neue Tribüne für die Kommunistische Propaganda.

c) Richtung Frey: Der Gedankengang dieser Richtung ist folgender: Alle Angebote der K.P. an die S.P. zur Bildung der Einheitsfront in Oesterreich sind bisher gescheitert, weil die S.D. Führer

nicht unter einem genügenden Druck der S.D, Arbeiter standen.im Wahlkampfe nun sind die S.D, Führer gezwungen-und sie haben die seit Wahlkampgane schon/mehr als 8 Wochen eröffnet-ihre eigenen Massen bis zu einem gewissen Grade aufzupulvern.Dies ins Auge gefasst,können die Wahlen als ein geeigneter Anknüpfungs- und Ausgangspunkt benützt werden zu einem ernsten Versuch durch Anwendung der Einheitsfronttaktik: entweder zu einem Massenkampf für Ziele zu gelangen die dem osterreichischen Proletariat als notwendig und vom Standpunkt ver verwirklichten Einheitsfront als durchsetzbar erscheinen- oder zu einer breiten Demaskierung ,der S.D.Führer,zur Ablösung grösserer Schichten der S.D, Arbeiterschaft und zu ihrer Ueberleitung ins revolutionäre Lager.

Wir stellen uns das praktisch so vor,dass die K.P.nach gründlicher Vorbereitungsarbeit an die S.P. öffentlich mit dem Anbot herantritt in einheitlicher Front den Massenkampf für folgende Ziele aufzunehmen: 1. Sturz der Seipelregierung,Abkehr von der Koalitionspolitik,Aufrichtung einer auf die Machtorgane des Proletariats gestützten Arbeiterregierung,2.Zusammentritt des Reichsbetriebsräte-kongresses bis 15.August zu folgenden Zwecken: Kontrollorgan zu sein über die Arbeiterregierung,Schaffung einer dauernden Betriebsräteorganisation für Betriebs- und Produktionskontrolle,Schaffung örtlicher Kontrollausschusse für Transport,Preis und Marktkontrolle,3. Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Formationen,Reinigung der Wehrmacht,Polizei und Gendarmerie von allen monarchistischen Offizieren.Ausbau der Ordnerorganisation zu einer alle waffenfähigen,klassenbewussten Proletarier umfassenden Massenorganisation. (Kampf um die Aufrechterhaltung des Genfer Vertrages) 4. Keine weiteren Lasten mehr auf die Schultern des Proletariats, Abbau der bisherigen proletarischen Lasten.Abkehr von der Losung: Alle müssen opfern.Sanierung auf Kosten der Bourgeoisie durch Sachwerterfassung und Besitzsteuern. 5. Keine weitere Verschlechterung des Mieterschutzes.6. Arbeit für die Arbeitslosen oder ausreichende Unterstützung.

Wenn die S.P. dieses Angebot annimmt,dann ist die K.P. bereit den Massenkampf für die obigen Ziele zu eröffnen durch den ge-

gemeinsam für eine sozialdemokratisch- kommunistische Kanditatliste zu führenden Wahlkampagne unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit der Partei und insbesondere unter Wahrung des Rechtes auf Kritik.

Die Taktik der Richtung Frey fand sowohl im Parteivorstand als auch auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz (24.V.) die Mehrheit und auch die Jugendorganisation stand dahinter.

Die Vorteile dieser Taktik liegen auf der Hand. Die S.P. wird fast sicher ablehnen, dann hat die K.P. eine grossartige Plattform für die Wahlen und vor allem über die Wahlen hinaus, die Möglichkeit eine grössere Schichte der sozialdemokratischen Arbeiterschaft von ihrer Partei loszulösen, und herüberzuziehen.

Wenn aber die S.D. annimmt, so wird die K.P. ob nun die S.P. Führer ehrlich annehmen (was gänzlich ausgeschlossen) oder in betrügerischer Absicht auf alle Fälle für die revolutionäre Sache grosse Vorteile erzielen.

4. Die Presse.

Die Rote Fahne beschränkt sich in der Hauptsache auf Tatsachenmitteilungen. Oft macht sich der Mangel einer einheitlichen Leitung bemerkbar. Schädlich sind die gewaltigen Uebertreibungen der Zahlen. Die Berichterstattung über Parteitag, Jugendkongress, Landesparteitag udgl. sind derart, dass das Vertrauen zur Parteileitung in der Mitgliedschaft dadurch erschüttert wird.

B. Auf gewerkschaftlichem Gebiete.

1. Die Taktik bei Lohnbewegungen und Lohnkämpfen, zeigt folgende allzuoft eintretende Fehler:

Mangelnde Initiative, keine rechtzeitige Stellungnahme, keine Vorbereitung in den Betrieben.

Während des Kampfes: mangelnde Initiative, übereilte Schritte, keine Sorge für Verbindung.

Nach dem Kampfe: Kritik ohne den eigenen Standpunkt positiv aufzuzeigen, keine Auswertung in den Betrieben.

Bei verschiedenen Lohnkämpfen sind der Parteivorstandsmehrheit

schwere opportunistische Entgleisungen unterlaufen, die die Arbeit in den Betrieben erschwerten und selbst unter den Kommunistischen Arbeitern das Vertrauen zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung geschwächt haben.

2.) Die durchaus fraktionelle Einstellung der Parteivorstandsmehrheit in Gewerkschaftsfragen bildet eine Quelle von Gefahren für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.

C, Auf organisatorischem Gebiet.

1.) Die I.O. Über die Notwendigkeit der illegalen Arbeit, der illegalen Organisation bestehen keine Differenzen, aber wir wenden uns gegen die leichtfertige Art, mit der der gegenwärtige verantwortliche Leiter bei der Auswahl von Personen vorgeht, denen illegale Arbeiter übertragen werden. Weiteres gegen die fraktionelle Zusammensetzung und fraktionelle Verwendung der I.O. Das was jetzt in der Partei als I.O. auftritt, ist eine von der Parteiorganisation vollkommen losgelöste illegale Organisation. Es geht nicht an, die Parteileitung lediglich darauf zu beschränken, den verantwortlichen Leiter der illegalen Organisation zu bestimmen, wie es der Gen. Koritschoner will, sondern die Zentrale muss darüber hinaus die Kontrolle über die allgemeine Richtung der illegalen Arbeit, sowohl in politischer, als in organisatorischer Beziehung haben.

2.) Verhältnis zur Jugendorganisation. Die Partei darf in der Jugendorganisation nicht eine Richtung unterstützen, die von der Jugendinternationale verurteilt ist. Die verschiedentlichen Versuche, die Jugendorganisationen in lokalen und Landesmasstab organisatorisch zu unterordnen sind unstatthaft und unzweckmässig.

3.) Verhältnis zu den tschechischen Genossen. Unter demagogischer Bezichtigung eines "angeblichen Nationalismus" werden die tschechischen Genossen um die Möglichkeit gebracht auf Parteitagen, Landesparteitagen als Delegierte mitwirken zu können. Auf dieselbe Weise werden sie in manchen Fällen sogar von den Lokalausschüssen ausgeschieden. Bei der Kundgebung am 1. Mai hat die Parteileitung keinen tschechischen Referenten sprechen lassen. Der innere Verschmelzungsprozess hat dadurch einen ausserordentlichen Rückschlag

Grossteil der tschechischen Genossen zieht sich von der Parteiarbeit zurück, ja die Erbitterung ist bei manchen Teilen der tschechischen Genossen so gross, dass sie von der Partei überhaupt nichts mehr wissen wollen. Nur mit Mühe gelingt es uns diese Genossen immer wieder davon zu überzeugen, wie falsch es wäre der Partei den Rücken zu kehren.

4.) Fraktionsunwesen. Die gegenwärtige Parteivorstandsmehrheit hat schon lange vor dem Parteitag sich offen als Fraktion konstituiert. Wir haben dieser Fraktion keine Fraktion entgegengestellt weil die Fraktionsbildung durch Komintern beschlüsse untersagt ist.

Wir haben aber auch nach dem Parteitag keine wie immergeartete Fraktion geschaffen. Alle Behauptungen Koritschoners und seiner Freunde sind aus den Fingern gezogen.

Dagegen betrieben Koritschoner und Toman ihre Fraktionsarbeit fort. Wir werden die Beweise dafür erbringen.

Die Behauptungen, dass Friedländer und Schlamm die Parteiarbeit sabottieren, entspricht nicht den Tatsachen.

5. Mechanischer Zentralismus. Selbstverständlich muss die Zentrale nötigenfalls auch mit scharfen Mitteln zugreifen, aber sie soll das nur tun, wenn alle anderen Mitteln, insbesondere das Mittel der überzeugenden Argumentation erschöpft sind. Die Parteivorstandsmehrheit praktiziert die gerade entgegen-gesetzte Methode: systematische Massregelungen, Ausschaltungen, Suspendierungen, Missbräuche des Votorrechtes, Umregistrierung usw. sind auf der Tagesordnung.

Nichts liegt uns ferner, als den schweren Fehler der Linzer Genossen entschuldigen zu wollen. Wir verurteilen das Verhalten der Linzer Genossen. Ich habe sie eindringlich gewarnt, ich habe sie ausdrücklich wissen lassen, dass die Partei sie wenn sie eine selbständige Kanditatliste überreichen, verurteilen müssen und wir die Verurteilung unbedingt werden billigen müssen. Nach dem sie den schweren Fehler begangen haben, ist es uns doch gelungen, einige Stunden später sie zur Zurückziehung der selbständigen Kanditatliste zu bewegen.

Wir wiederholen: Wir haben das Verhalten der Linzer Genossen verurteilt und verurteilen es auch heute. Nicht zur Entschuldigung der Linzer Genossen führen wir die folgenden Tatsachen an, sondern um an diesem Beispiel zu beleuchten, wie die Parteivorstandsmehrheit in völliger Verkennung des demokratischen Zentralismus mit der Partei Schindluder treibt.

Die Linzer Lokalorganisation entschied sich mit 50 zu 16 Stimmen für eine bestimmte Kanditatenliste. Der Parteivorstand stellte dem eine andere Kanditatenliste gegenüber. Gewiss die Zentrale hat das Recht letzten Endes die Kanditaten zu bestimmen und ich selbst habe diesen Punkt in den Statuten zum Durchbruch verholfen und halte dies auch heute für richtig. Aber der Parteivorstand hat nicht den geringsten Versuch unternommen, den Linzer Genossen auch nur zu sagen warum er gegen ihre Liste ist und warum er gerade diese seine Liste verlangt, sondern er hat kurz und bündig die Linzer Lokalorganisationen vor die Alternative gestellt: entweder ihr nehmt für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen die Kanditatenliste der Zentrale an, oder ihr stellt euch ausserhalb der Partei.

Vor einem solchen Verfahren, das eine masslose Ueberspannung des Zentralismus darstellt, kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.

D. Persönliche Frage.

In den Konflikt spielen auch wichtige persönliche Fragen hinein. Es sind dies persönliche Fragen solcher Natur, dass ohne ihre Klärung eine Gesundung der Partei sich schwerlich wird erzielen lassen. Es sind dies folgende Fragen: a) Forst, Tober, b) Toman-Koritschoner, c) Frey.

E. Resümee.

Seit der Uebernahme der Geschäfte durch den neuen Parteivorstand Anfang März bis Ende April, also im Laufe von 8 Wochen, hat sich die Zahl der zahlenden Mitglieder in Wien von rund 5 800 auf rund 4 800, also um rund 1 000 zahlende Mitglieder vermin-

Von Anfang März bis Ende Mai hat die Zahl der zahlenden Abonnenten der Rote Fahne von rund 5 250 auf rund 4 300, also um etwa 1 000 zahlende Abonnenten abgenommen.

Diese Abnahme hat keine wirtschaftlichen Ursachen, denn gerade seit Anfang März hat die Arbeitslosigkeit um etwa 30 000 abgenommen. Die Ursachen des Rückgangs liegen ausschliesslich in den politischen, gewerkschaftlichen und organisatorischen Fehlern der Zentrale.

Es ist notwendig, dass die Komintern feststellt, welche Fehler und von wem sie begangen wurden und vor allem, dass sie politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch für die nächsten Aufgaben der Partei die Linie festlegt, an die sich alle in der österreichischen Pertei zu halten haben.

Aber ebenso notwendig ist, dass die Komintern darüber wacht, dass diese Linie tatsächlich von allen .Kotitschoner und Tomann haben sich den Teufel geschcert um den einstimmigen Beschluss des Parteitages über die Frage der Arbeiterregierung. Das darf sich nicht wiederholen. Die Beschlüsse der Komintern sind da, um eingehalten zu werden. Das muss für alle gelten .

Schliesslich ist es notwendig, dass die Parteimitglieder in der geeigneter Weise den wahren Inhalt der Entscheidung der Komintern erfahre.

Nur so kann die Basis g schaffen werden, auf der die Partei gesunden wird.

Moskau, den 16.VI. 1923.

Die Nachwirkungen der Parteikrise in Oesterreich.

Die Parteikrise ist liquidiert, ihre Folgen wirken fort.

Ursachen der Parteikrise:

a) Sachliche. Die unrichtige Einstellung des Genossen Frei und seines Freundeskreises zur Gewerkschaftsfrage.

Genosse Frei hat öffentlich die Frage „Fraktion und Block", zur Diskussion gestellt und dadurch die Existenz des Blocks selbst gefährdet, die die einzige organisatorische Form darstellt, durch die wir sympathisierende Massen mit dem kommunistischen Kern organisch zu verbinden imstande ist. Komintern und Profintern haben die Auffassung des Genossen Frei mit vollem Rechte zurückgewiesen und die Weiterarbeit der Kommunistischen Partei dadurch ermöglicht.

Von untergeordneterer Bedeutung waren die Differenzen in der Wehrfrage. Der jetzige Parteivorstand bestand auf der Bildung von Fraktionen in der Ordnerorganisation, während Genosse Frei laut Artikel nur für die moralische im wesentlichen unorganisierte Beeinflussung durch Initiativkomitees sich beschränken wollte. Seither liquidiert durch bessere Einsicht der Opposition.

Frage der illegalen Organisation:

Genosse Frei rollte öffentlich vor Mitgliederversammlungen die Probleme auf, unter Namensnennung und machte damit die Umorganisierung dieser Arbeit notwendig. Die Frage ist nun völlig geklärt, da der neue Parteivorstand alle notwendigen Massnahmen getroffen hat. Die Behauptung Freis, dass die I.-Abteilung den Parteivorstand habe „ausheben wollen", ist die kindliche Vorstellung eines überreizten Gehirns, wahr ist vielmehr, dass auf eine Nachricht aus Frontkämpferkreisen die Bewachung des Lokales der Partei angeordnet und durchgeführt wurde, allerdings ohne den damaligen verantwortlichen Ressort-

letten, Koritschoner, zu verständigen.

b) Persönliche Ursachen der Parteikrise. Frei's Bestreben allein den Parteiapparat durch ihm ergebene Genossen zu beherrschen und Koritschoner und Toman zwecks gegenseitiger Liquidierung widereinander aufzubieten. Seine persönlichen Gegensätze versuchte er stets ideologisch zu erhärten. Hatte er persönliche Differenzen mit Toman, suchte er zu beweisen, dass jener ein Syndikalist sei, geriet er mit Koritschoner in Konflikt, so suchte er dessen Linksabweichungen zu beweisen. So kommt es , dass ausser in der Gewerkschaftsfrage, die restlos durch die Briefe der Exekutive geklärt erscheint, ernstliche sachliche Differenzen nicht vorhanden sind. Dennoch aber ein Zusammenarbeiten mit Genossen Frei, trotz ernsthafter Bemühungen seinerzeit der Minorität und jetzt der Mehrheit des Parteivorstandes, als völlig unmöglich erwiesen worden. Der Parteitag hat die Linie der Dritten Internationale bekräftigt, Frei's Entfernung aus dem Parteivorstand die Möglichkeit sachlicher Arbeit gewährleistet.

Folgen der Parteikrise:

Nach dem Parteitag begann Frei, der, trotz des Besitzes des ganzen Parteiapparats und dessen rücksichtslosem Gebrauch , keine Mehrheit hatte erlangen können , die Ausbildung einer Fraktion. Dieselbe bestand aus verschiedenartigen Elementen, die durch persönliche Gegensätze gegen den neuen Vorstand zusammengehalten wurden.

a) Frei forderte die tschechischen Genossen auf, ihre autonomen Rechte zu verteidigen und liess sich den Namen je eines tschechischen und deutschen Genossen für jeden Bezirk nominieren, um seine Fraktionsarbeit systematisch beginnen zu können. Er nahm an der Tagung des Bildungsausschusses der tschechischen Genossen Oesterreichs ohne Weisung des Parteivorstandes teil und benützte die Konferenz für Sonderzwecke. Sein Appell

an die nationalen Instinkte der tschechischen Genossen ist umso verwerflicher, als er selbst in früherer Zeit in ziemlich unpädagogischer Weise gegen die tschechischen Genossen Stellung genommen habe.

b) Frei veranstaltete "gesellige Ausflüge", um auf diese Weise organisatorische Vorbereitungen zu treffen. Er instruierte die Provinz über seine Absichten, führ während einer Linzer Vertrauensmännerkonferenz dorthin, um die Organisierung der Fraktion in die Wege zu leiten und bediente sich der langjährigen persönlichen Gegensätze in der Linzer Organisation, um einer der beiden Gruppen für seine persönlichen Zwecke zu mobilisieren. Frei versendete ein Zirkular, enthaltend den von ihm verfassten Antrag Dietz und tendenziöse Darstellungen des ~~niederösterreichischen~~ Wiener Landesparteitages an ~~Or~~ Provinzvertrauensmänner.

c) Frei sprach auch nach dem Parteitag öffentlich über I.-Angelegenheiten, so auf dem Landesparteitag in dem öffentlichen Sitzung, der nicht nur Vertrauensmänner, sondern alle Parteimitglieder beiwohnen konnten. d) Frei versuchte in einem Seminar des Kommunistischen Jugendverbandes gegen den Parteivorstand Stimmung zu machen durch die unwahre Behauptung, derselbe befinde sich nicht auf der Linie der Dritten Internationale, indem er nicht für die Arbeiterregierung eintrete, während durch die "Rote Fahne" bewiesen ist, (Aufruf vom 1.Mai, Aufruf vom 24.Mai, Mainummer,) dass die Kommunistische Partei, wenn auch nicht in mechanistischer Weise, wie es Frei verlangte, für die Parole eingetreten war.

e) Innerhalb des Parteivorstandes versuchte Friedländer die ständige Sabotierung der Parteitätigkeit durch Obstruktionsreden, durch heimtückischen Ueberfall der Parteivorstandsmehrheit auf dem Landesparteitag durch nachweisbar

unwahre Behauptungen in Zuschriften an das EKKI. Die systema - tische Aufhetzung der Jugendorganisation gegen den Parteivorstand, der Aufhetzung der Tschechengruppen wurden in organisierter Weise vollzogen und auch der Versuch unterneommen , die Soldaten gegen den Parteivorstand mobil zu machen.

Demgegenüber hat der Parteivorstand,

Genossen Frei wiederholt zu Referaten herangezogen, Genosse Frei hat in mehreren Fällen die Arbeit verweigert (Referat bei Warkalowski, Mairede in Kärnten). Der Parteivorstand hat das vor dem Parteitag überreichte Demissionsgesuch des Genossen Frei angenommen, ebenso wie das vor dem Parteitag eingereichte Demissionsgesuch des Genossen Kalischer, das Demissionsgesuch des Genossen Friedländer aber abgelehnt, weil wir hofften, denselben zur sachlicher Arbeit verwenden zu können. Der Parteivorstand hat die von der oberösterreichischen Landesparteileitung ausgespreochenen Massnahmen zur Liquidierung der Fraktionskämpfe nachträglich gutgeheissen und dadurch die alten Konflikte in diesem Lande zu liquidieren versucht. Die alte Redaktion, welche gleich am ersten Tage die Tätigkeit des Parteivorstandes zu durchkreuzen suchte, wurde abgelöst ohne den Genossen sonstige Betätigung in der Partei irgend wie zu be - schränken. Die notwendige Kontrolle der Jugendorganisation, welche unter ~~Frei~~ Frei's Einfluss gegen den Parteivorstand eine durchaus unloyale Haltung einnahm, wurde aber auf ein Mindestmass beschränkt, ohne jedoch die Intrigien der Fraktion Frei dadurch zu liquidieren. Die Exekutive möge Genossen Frei wegen seiner parteischädigenden Tätigkeit eine ernste Verwarnung aussprechen und seiner Fraktion die Gelegenheit nehmen, sich in ihrer Tätigkeit auf Organe der Dritten Internationale zu berufen, was durch dieselbe fortwährend geschieht.

Resolutionsprojekt der Oesterreichischen Kommission.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch die folgenden Hauptzüge charakterisiert: a) völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die extreme reaktionäre Politik Seipels, die ausschliesslich gegen die öster. Arbeiterklasse gerichtet ist, c) Stärkung des Faschismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter schreiten, d) Erstarkung der von einer Restauration trümmenden rein monarchistischen Organisationen, e) Äusserst schwierige wirtschaftliche Lage, Anwachsen der Teuerung, ungeheure Arbeitslosigkeit, f) die Lage der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zu einer Verringerung den auch ohnehin niedrigen hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohne ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Verschlimmerung der Arbeitsbedingungen erschwert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstösse über.

Die Österreichische sozialdemokratische Partei, diese Hauptfeste der früheren 2½ Internationale setzt ihre Politik des Verrates an d Interessen der Österreichischen Arbeiterklasse die Politik der Kraft- und Hilflosigkeit gegenül der kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgeoisie weiter fort. Die Arbeitermassen, und sogar einzelne sozialdemokr Organisationen werden immer mehr und mehr von dieser Politik enttäuscht und treten gegen ihr Führer auf; wie es bei den Streiks, die gegen Beschluss der sozialdemokratischen Zentralorgane veranstaltet wurden, wie auch bei andern Aktionen der Arbeiterschaft, geschehen ist.

All das muss die KPOe veranlassen, mit besonderer Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und den Faschismus zu richten.

Die österreichische Partei war ihrer Aufgabe nicht immer und nicht vollkommen gewachsen. Vor dem März-Parteitag ergaben sich in der Beurteilung der Gewerkschaftstaktik und der Beurteilung der Grundsätze des demokratischen Zentralismus verschiedene Differenzen. Das EKKI hat die strittigen Fragen untersucht und seine Meinung in einem ausführlichen Schreiben an d Parteivorstand der KPOe ~~genauestens~~ formuliert.

Die beiden Fraktionen erklärten sich mit der Stellungnahme des EKKI, sowohl in der Frage der Gewerkschaftstaktik wie auch in der des demokratischen Zentralismus einverstanden, so dass die sachlichen Differenzen mit Recht als liquidiert betrachtet werden konnten. Auf dem Märzparteitag kamen auch tatsächlich solche Differenzen nicht mehr zum Ausdruck, allein di

persönlicher Gegensätze. Der Vertreter des EK hat im Einvernehmen mit dem EKKI vorgeschlagen, Vertreter der Minderheit in den Parteivorstand zu wählen. Das ist dann auch, wenn auch nie mit grösser Bereitwilligkeit von Seiten der Mehrheit, geschehen.

Noch dem Parteitag haben die beiden Fraktionen nicht aufgehört, die persönlichen Differenzen innerhalb der Partei weiterzuführen und so eine zweckmässige politische, organisatorische und gewerkschaftliche Arbeit der Partei sehr erschwert.

Es ist festgestellt worden, dass der neue Parteivorstand ebenso mechanisch wie sein Vorgänger, die Macht im Kampfe gegen die Minderheit ausgenützt hat wie das vor dem von der sogenannten Freyfraktion der Fraktion Koritschoner gegenüber geschehen ist. Andererseits haben die Genossen Frey und namentlich der Genosse Friedländer keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne dem Parteivorstand allerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Die Mitteilungen der Genossen Friedländer und Frey an das EK lassen deutlich erkennen, dass es diesen Genossen vor allem darum zu tun war, das Ansehen des neuen PV zu untergraben.

Die Referate, die der Genosse Koritschoner und der Genosse Frey vor der Kommission der Erw. Sitzung der Exekutive erstatteten, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Kompromissbereitschaft den Bestrebungen der Führer der beiden Fraktionen, die persönlichen Differenzen im Interesse eines zweckmässigen Zusammenarbeiten zurückzustellen, nicht sehr gross ist. Die erste Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit der KPOe besteht in der bedingungslosen Erklärung der Führer beider Fraktionen, den persönlichen Kampf in jeder Beziehung sofort einzustellen und die Verpflichtung zu übernehmen, für die Lösung der folgenden wichtigen Aufgaben der Partei, gemeinsam zu arbeiten.

Die Arbeiter-und Bauernregierung.

Die KPOe hat wie jede andere Sektion der KI die Verpflichtung im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses und der Erw. Exekutive für die Arbeiter-und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipelregierung oder gegen eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitermassen Oesterreichs nicht ernstgenommen werden, wenn die KPOe nicht imstande ist, in diesem Kampf ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Bauern-und Arbeiterregierung ist also nicht allein eine Propaganda, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agiation der KPOe. wird aber, soweit sie sich auf die Arbeiter-und Bauernregierung bezieht, wirkungslos und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertig bringt, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch möglichst enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herbeizuführen. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die KPOe ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt u.z. nicht deswegen, weil sie die erforderlichen Kräfte nicht hätte, sondern weil

die ganze Energie im Fraktionskampf verbrauchte.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der KPOe entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des 4.Kongresses und dem 2. Profinternkongresse.Auf diesem Gebiet ihrer Tätigkeit hat die KPOe. auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben die verantwortlichen Instanzen der Partei auch auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige,geradezu verhängnisvolle Fehler zu Schulden kommen lassen.Nachdem Referat der beiden Genossen Koritschoner und Frey geht hervor,dass die verantwortlichen Gewerkschaft funktionäre der KPOe.bei Lohnverhandlungen nicht so aufgetreten sind,wie das in den von der RGI formulierten Grundsätzen entsprechen würde.Wenn die Genossen,die bei Lohnverhandlungen als Kommunisten dazu berufen sind,die Interessen der Arbeiter zu vertreten,irgendwelche Dummheiten machen oder gegen unsere Grundsätze tatsächlich verstossen, dann kann man solche Dinge nicht beschönigen, wenn man sich in den Augen der breiten Massen nicht lächerlich machen will.Wenn solche Verfehlungen vorkommen,dann ist die Partei verpflichtet dagegen direkt und offen Stellung zu nehmen und so den breiten Massen zu zeigen,dass sie entschlossen ist und die Kraft dazu hat,Fehler der eigenen Vertrauensmänner rücksichtslos zu kritisieren und wieder gutzumachen.

Zur Frage der Jugendorganisation.

Ohne dass sich die Kommission die Mühe geben könnte,auf die Einzelnheiten der Differenzen zwischen der KPOe und der KJOe.genauestens einzugehen,soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden,dass es die Partei fertig bringen muss,ein gutes Einvernehmen mit der JO zu ermöglichen.Die JOOe.untersteht dem EK der KJI.Sie ist gebunden an die Beschlüsse des internationalen Jugendkongresses . Das ZK der JOOe.hat die Beschlüsse seines Kongresses und des KJKongresses eingehalten. Wenn es aber trotzdem zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand der KPOe und dem ZK der KJOe.kommt,dann muss es der PV der KPOe.~~wenn es anderens nicht geht~~ im Einvernehmen mit dem EK der KJI fertigbringen,die Differenzen aus der Welt zu schaffen.Die KPOe.soll nicht vergessen,dass die Jugendorganisation in Oe.nicht weniger wichtig ist als in einem anderen kapitalistischem Staate.Für die Entwicklung der KPOe.hängt viel von dem Verhältnis ab,das die ZK der KPOe zur JOOe hat und davon,wie die KPOe überhaupt auf die Erziehung der jungen Arbeitergenaration Einfluss nimmt.

Zur Wahlfrage.

Die KPOe wird im Zeichen der

den Faszismus, gegen die christlichsoziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für die Arbeiterregierung-und Bauernregierung, in den Wahlkampf gehen. Arbeitet die Partei auf dem Boden auf den sie gestellt ist gut, erfüllt sie ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations-und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen Halbproletariermassen und vor allem unter dem Landproletariat, dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewussten, revolutionären Klassenkämpfgenossen, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei vereinigen. Das EKKI hält es nicht für möglich, dass die KPOe an die SDAP wegen einer gemeinsamen Wahlplattform herantritt. Die KPOe. muss selbstständig in den Wahlkampf ziehen und auch diese Gelegenheit benützen, um den Wählermassen die volksverräterische Haltung der SDAPartei aufzuzeigen.

In persönlicher Hinsicht.

Die Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich jeden persönlichen Kampf und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und jedem Versuch, dieser Fraktionsbildungen neuerdings zu betreiben, mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. Wenn irgendwie möglich, soll noch den Wahlen sehr bald der Parteitag der KPOe einberufen werden.

Die Frage des Parteiblattes.

Es ist ausserordentlich Fest gestellt worden, dass die Redaktion der "Roten Fahne" es nicht immer versteht politisch aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongress der 2. und 2½ Internationalen und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiter-und Bauernregierung. Die Redaktion der "Roten Fahne" hat diesen Fragen eine, in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

Resolutionsprojekt der österreichischen Kommission.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch die folgenden Hauptzüge charakterisiert: a) völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die extreme reaktionäre Politik Seipels, die ausschliesslich gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet ist, c) Stärkung des Faschismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter schreiten, d) Erstarkung der von einer Restauration träumenden rein monarchistischen Organisationen, e) äusserst schwierige wirtschaftliche Lage, Anwachsen der Teuerung, ungeheure Arbeitslosigkeit, f) die Lage der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zur Verringerung des auch ohnehin niedrigen hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohns, ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Verschlimmerung der Arbeitsbedingungen erschwert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstösse über.

Die österreichische sozialdemokratische Partei, diese Hauptfeste der früheren 2 ½ Internationale, setzt ihre Politik des Verrates an den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, die Politik der Kraft- und Hilflosigkeit gegenüber der kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgeoisie fort. Die Arbeitermassen ~~xxx~~ und sogar einzelne sozialdemokratische Organisationen werden immer mehr und mehr von dieser Politik enttäuscht und treten gegen ihre Führer auf ~~xxx~~ wie es bei den Streiks, die gegen den Beschluss der sozialdemokratischen Zentralorgane veranstaltet wurden, wie auch bei anderen Aktionen der Arbeitsschaft geschehen ist.

Alles das muss die KPOe. veranlassen, mit besonderer Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen

folgender wichtiger Aufgaben der Partei zu dienen:

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die KPOe hat, wie jede andere Sektion der K.I., die Verpflichtung, im Sinne der Beschlüsse des IV. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutive für die Arbeiter- und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipelregierung oder gegen eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitern Oesterreichs nicht ernst genommen werden, wenn die KPOe nicht imstande ist, in diesem Kampf ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Bauern- und Arbeiterregierung ist also nicht allein eine Propaganda-, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agitation der KPOe wird daher, soweit sie sich auf die Arbeiter- und Bauernregierung bezieht, wirkungslos und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertig bringen wird, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herbeizuführen. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die KPOe ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

Zur Wahlfrage.

Die KPOe muss selbständig in den Wahlkampf ziehen. Eine gemeinsame Wahlplattform kann sie nur mit dem oppositionellen Gewerkschaftsblock aufstellen. Die Partei muss in ihrer Wahlkampfplattform ihren kommunistischen Standpunkt herauskrystallisieren. Die KPOe wird im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die christliche soziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung in den Wahlkampf gehen. Arbeitet die Partei auf dem Boden, auf den sie gestellt ist, gut, erfüllt sie ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations- und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen und Halbproletariermassen und vor allem unter dem Landproletariat, dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewussten revolutionären Klassenkämpfer, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei

Arbeiter die Kartei auf dem Boden, auf den sie gestellt ist gut, erfüllt die ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations- und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen und Halbproletariermassen und vor allem unter dem Landproletariat; dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewussten revolutionären Klassenkämpfer, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die K.P.Oe. muss selbstverständlich die arbeiterverräterische Haltung der S.D.-Partei aufzeigen.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der K.P.Oe. entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des IV. Kongresses und II. Profinternkongresses. Auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit hat die K.P.Oe. auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben sich die verantwortlichen Instanzen der Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige, geradezu verhängnisvolle Fehler zuschulden kommen lassen. Nach Referat der beiden Genossen Koritschoner und Frey, geht hervor, dass die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der K.P.Oe. bei Lohnverhandlungen nicht so aufgetreten sind, wie das den von der R.G.I. formulierten Grundsätzen entsprechen würde. Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme rechtzeitig erwogen in den Betrieben vorbereitet und dann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Die Partei muss den Reformisten nicht nur ihre Kritik, sondern auch ihre positiven Vorschläge entgegenstellen. In allen Lohnkomitees, Betriebsratkonferenzen und dergl., müssen die Blockvertreter die revolutionäre Auffassung lt. Richtlinien der R.G.I. vertreten. Wenn das unmöglich ist, da hat das Festhalten an solche Funktionen keinen Zweck. Nach Abschluss der Lohnbewegung muss eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben unter Darlegung unserer Stellungnahme erfolgen. Nicht genug kann gewarnt werden vor fraktioneller Einstellung und Behandlung von gewerkschaftlichen Frage.

[illegible] Die KPOe muss selbstverständlich die arbeiterver-
[illegible] Haltung der SPD-Partei aufzeigen.

Zur Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der KPOe entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des 4.Kongresses und des 2.Profintern-kongresses. Auf manchen Gebiete ihrer Tätigkeit hat die KPOe auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben sich verschiedentliche Instanzen der Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige ernste Fehler zuschulden kommen lassen. Aus den Referaten der Gen.Koritschoner und Frey geht hervor, dass die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der KPOe bei Lohnverhandlungen nicht immer so aufgetreten sind, wie das von der RGI formulierten Grundsätzen entsprechen würde. Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme unserer Vertrauenspersonen rechtzeitig erwogen, gut vorbereitet und dann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Die Partei muss den Reformisten nicht nur ihre Kritik, sondern auch ihre positiven Vorschläge entgegenstellen. In allen Lohnkomitees, Betriebsrätekonferenzen u.dgl. müssen die Blockvertreter die revolutionären Auffassungen den Richtlinien der RGI entsprechend vertreten. Und das auch dann, wenn die Gefahr besteht, dass unsere Genossen deswegen aus diesen Körperschaften von den Reformisten ausgeschlossen werden. Auf keinen Fall dürfen sich die kommunistischen Vertrauenspersonen die Mitwirkung bei irgendwelchen Kämpfen oder Lohnverhandlungen durch den Verzicht auf die Vertretung unserer Grundsätze ermöglichen. Nach Abschluss solcher Lohnbewegungen, die durch die Schuld der Reformisten mit einem Misserfolg endigen, muss eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben, mit einer genauen Darlegung unserer Stellungnahme, erfolgen.

Zur Jugendorganition.

Ohne auf alle Einzelheiten der Differenzen zwischen der KPOe und KJOe einzugehen, soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden, dass es die Partei fertigbringen muss, ein

gutes Einvernehmen mit der JO zu ermöglichen. Die Partei muss bestrebt sein, immer ein ausgezeichnetes Verhältnis mit der JO aufrecht zu erhalten. Auf der von der KJ (KJI) festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei; dabei soll jedoch die organisatorische Selbständigkeit (laut den internationalen Beschlüssen) nicht eingeschränkt werden. Im Jugendverband muss, wie in der Partei, jedes fraktionelle Unwesen unbedingt aufhören.

Die Frage des Parteiblattes.

Es ist festgestellt worden, dass es der Redaktion der "Roten Fahne" nicht immer verstand, politisch-aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongress der II. und der II½, Internationale und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiterregierung. Die Redaktion der "Roten Fahne" hat diesen Fragen eine in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die Presse der Partei muss mehr als bisher über blosse Tatsachenmitteilung hinausgehen, die Tagesereignisse mehr in ihrem sozialen Zusammenhange beleuchten, und zugleich die Losungen der Komintern propagieren.

Zur inneren Lage der Partei.

Nach dem Parteitage haben die beiden Fraktionen nicht aufgehört, die persönlichen Differenzen innerhalb der Partei weiterzuführen und so eine zweckmässige politische, organisatorische und gewerkschaftliche Arbeit der Partei erschwert.

Die Referate der Genossen Koritschoner und Frey, sowie das übrigen österreichische Material lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das Bestreben der Führer der beiden Fraktionen, die persönlichen Differenzen im Interesse eines zweckmässigen Zusammenarbeitens zurückzustellen, nicht sehr gross war. Die erste Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit der KPOe besteht in der bedingungslosen Erklärung und der ehrlichen Absicht der Führer beider Fraktionen, den persönlichen Kampf in jeder Beziehung sofort einzustellen und die Verpflichtung zu übernehmen, für die Lösung der hier schon erwähnten grossen Aufgaben der Partei gemeinsam zu

Resolutionsprojekt der Österreichischen Kommission.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch die folgenden Hauptzüge charakterisiert : a) völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die Extreme der reaktionären Politik Seipels, die ausschliesslich gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet ist, c) Stärkung des Faschismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeitsorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter schritten, d) Erstarkung der von einer Restauration träumenden rein monarchistischen Organisationen, e)äusserst schwierige wirtschaftliche Lage, Anwachsen der Teuerung, x ungeheure Arbeitslosigkeit, f. Die Lage der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zu Verringerung des auch ohnehin niedrigen hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohn, ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Verschlimmerung der Arb[illegible]ingungen erschwert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstösse über.

Die österreichische sozialdemokratische Partei, die die Hauptfeste der früheren 2½. Internationale setzt ihre Politik des Verrates an den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, die Politik der Kraft-und Hilflosigkeit gegenüber der Kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgoisie weiter fort. Die Arbeitermassen und sogar einzelne sozialdemokratische Organisationen werden immer mehr und mehr von dieser Politik enttäuscht und

veranstaltet wurden; wie auch bei anderen Aktionen der Arbeiterschaft geschehen ist.

All das muss die K.P.Oe. veranlassen, mit besonderer ~~Energie~~ Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und des Faszismus und auf die Lösung folgender wichtiger Aufgaben der Partei zu richten:

Die Arbeiter-und Bauernregierung.

Die K.P.Oe. hat wie jede andere Sektion der K.I. die Verpflichtung, im Sinne der Beschlüsse des IV. Weltkongresses und der erweiterten Exekutive für die Arbeiter - und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipelregierung oder gegen eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitern Oesterreichs nicht entgegengenommen werden, wenn die K.P.Oe. nicht imstande ist, in diesem Kampfe ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Bauern- und Arbeiterregierung ist also nicht allein eine Propaganda, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agitation der K.P.Oe. wird aber, soweit sie sich auf die Arbeiter- und Bauernregierung bezieht, nichtssagend und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertig bringen wird, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herbeizuführen. Gerade in der Losung der Arbeiterregierung hat sich die K.P.Oe. in dieser Hinsicht ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

Zur Wahlfrage.

Die K.P.Oe. muss in dem Wahlkampf selbstständig ziehen. Eine gemeinsame Wahlplattform kann sie nur mit dem oppositionellen Gewerkschaftsblock aufstellen. Die Partei muss in ihrer Wahlkampfplattform ihren kommunistischen Standpunkt herauskrystallisieren. Die K.P.Oe. wird im Zeichen des Faszismus, gegen die christliche soziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für dne Ar-

Ohne dass sich die Kommission die Mühe geben könnte, auf die Einzelheiten der Differenzen zwischen der K.P.Oe. und K.J.Oe. genauestens einzugehen, soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden, dass es die Partei fertig bringen muss, ein gutes Einvernehmen mit der J.O. zu ermöglichen. Die Partei muss bestrebt sein, immer ein gutes inniges Verhältnis mit der J.O. aufrecht zu erhalten. Auf der von der K.I. (K.J.I.) festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei, dabei soll jedoch die organisatorische Selbstständigkeit der Jugend nicht eingeschränkt werden. Da das Verhältnis zwischen Partei und Jugend z.Zt. noch nicht ganz normal ist, müssen die evtl. Streitigkeiten dem E.K. der K.I. und E.K. der K.J.I. zur Lösung unterbreitet werden.

Die Frage des Parteiblattes.

Es ist ausdrücklich festgestellt worden, dass die Redaktionen der "Roten Fahne" es nicht immer verstand, politisch aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongress der 2. und 2½. Internationale, und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiter-Regierung. Die Redaktion der "Roten Fahne" hat diesen Fragen eine in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die Presse der Partei muss mehr als bisher über blosse Tatsachen-Mitteilungen hinausgehen, die Tagesereignisse mehr in ihrem Zusammenhange beleuchten und zugleich die Losungen der Komintern handgreiflich propagieren.

Innere Lage der Partei.

Nach dem Parteitage haben die beiden Fraktionen nicht aufgehört, die persönlichen Differenzen innerhalb der Partei weiterzuführen und so eine zweckmässige politische organisatorische und gewerkschaftliche Arbeit der Partei sehr erschwert.

Es ist festgestellt worden, dass der neue Parteivorstand, eben so mechanisch wie sein Vorgänger die Macht im Kampfe gegen die Minderheit ausgenützt hat, wie das vordem von der sogen. Freyfraktion

der [illegible] gegenüber geschehen ist. Andererseits haben die Genossen Frey und namentlich der Genosse Friedländer keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne dem Parteivorstand allerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Die Mitteilungen der Genossen Friedländer und Frey an das E.K. lassen deutlich erkennen, dass es diesen Genossen vor allem darum zu tun war, das Ansehen des neuen Parteivorstandes zu untergraben.

Zu Die Referate, die der Genosse Koritschoner und Genosse Frey vor der Kommission der Erweiterten Exekutive erstatteten, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das Bestreben der Führer der beiden Fraktionen, die persönlichen Differenzen im Interesse eines zweckmässigen Zusammenarbeitens zurückstellen nicht sehr gross ist. Die erste Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit der K.P.Oe. besteht in der bedingungslosen Erklärung der Führer beider Fraktionen, den persönlichen Kampf in jeder Beziehung sofort einzustellen und die Verpflichtung zu übernehmen für die Lösung der erwähnten wichtigen Aufgaben der Partei, gemeinsam zu arbeiten. Die Parteiarbeit muss sich nach Beschlussfassung den Beschlüssen des Parteivorstandes und Parteikonferenzen fügen und solche gewissenhaft durchführen. Vor Beschlussfassung hat jeder Parteigenosse, auch aus der Minderheit, das volle Recht, seinen Standpunkt zu vertreten. Die Partei darf auf keine ihrer Kräfte verzichten, sondern sie muss es verstehen, jede einzelne Kraft unabhängig davon, zu welcher Richtung sie auch ~~nicht~~ gehören sollte, zu verwenden und an dem richtigen Platze zu stellen. Nur so wird sie ihren Aufgaben gerecht werden können.

In persönlicher Hinsicht.

Die Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich, jeden persönlichen und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und jeden Versuch dieser Fraktionsbildungen neuerdings zu betreiben, mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

arbeiten. Die Parteiminderheit muss sich den Beschlüssen des Parteivorstandes und aller übrigen Parteiinstanzen fügen. Vor der Beschlussfassung hat jeder Parteigenosse-natürlich auch aus der Minderheit - das volle Recht, seinen Standpunkt zu vertreten. Die Partei darf auf keine ihrer Kräfte verzichten; sie muss es vielmehr verstehen, jeden Genossen, ganz unabhängig davon, zu welcher Richtung er gehören mag, zu verwenden und auf den richtigen Platz zu stellen. Insbesondere muss mit allen Mitteln die Uebertragung der Parteidifferenzen auf die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen verhindert werden.

In persönlicher Hinsicht.

Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich, jeden persönlichen und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und alle Versuche einer Neubildung der Fraktionen mit der grössten Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten.

Abänderungsvorschläge (EKV)

1. Der ganze Absatz drei auf Seite zwei soll so lauten:

Es ist festgestellt worden, dass der neue Parteivorstand in durchaus mechanischer Weise die Macht im Kampfe gegen die Minderheit ausgenützt hat.

2. In Absatz vier, auf Seite zwei soll der erste Satz entfallen.

3. In Absatz " Die Arbeiter und Bauernregierung" soll es überall heissen: Die Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern.

4. In Absatz " Zur Gewerkschaftsfrage" soll folgender zweiter Absatz zugefügt werden:

Die Wehrmachtfrage darf nicht bloss unter gewerkschaftlichem Gesichtspunkt, sondern muss vor allem unter machtpolitischem Gesichtspunkt behandelt werden.

5. Dem Absatz " In persönlicher Hinsicht" ist folgender Absatz zuzufügen:

Die Partei muss alle vorhandenen Kräfte einschliesslich der Genossen der Minderheit zur Parteiarbeit jeder Art ihren Fähigkeiten entsprechend heranziehen.

6. Ausser dem offenen Brief wäre vom Präsidium der Exekutive ein Brief zu richten an die Parteileitung über die Frage der illegalen Arbeit mit dem Auftrage dieses Schreiben Parteiintern allen Mitgliedern zu verlautbaren. In diesem Schreiben wären insbesondere folgende Pinkte hervorzuheben:

a) Die Zentrale bestimmt nicht nur den verantwortlichen Leiter der illegalen Arbeit, sonder kontrolliert auch in politischer und opganisatorischer Beziehung die allgemeine Richtung der illegalen Arbeit.

b) Die illegale Organisation darf nicht eine von der Parteiorganisation abgetrennte Organisation sein.

c) Die illegale Organisation darf nicht fraktionell zusammengesetzt sein und darf nicht fraktionell verwendet werden.

d) Personen, die zur illegalen Arbeit herangezogen werden, müssen mit besonderer Sorgfalt ausgesucht werden.

Abänderungsvorschläge (Frey) zum Resolutionsentwurf des Genossen Pjatnitzky.

1. Im Kapitel "Die Arbeiter und Bauernregierung" soll es überall heissen: Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern.

Im zweiten Satz ist ein Schreibfehler :Statt entgegengenommen muss es heissen ernst genommen.

2. Im Kapitel "Innere Lage der Partei" soll der zweite Absatz lauten:

Es ist festgestellt worden, dass der neue Parteivorstand in mechanischer Weise die Macht im Kampfe gegen die Minderheit ausgenützt hat.

Sollte dieser Abänderungsvorschlag abgelehnt werden, so wird folgende Fassung vorgeschlagen :

Da der alte Parteivorstand durch zu detaillierte organisatorische Bestimmungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit eine missverständige Auffassung des demokratischen Zentralismus an den Tag gelegt, so hat der neue Parteivorstand in missverständlicher Auffassung des demokratischen Zentralismus seine Machtstellung gegen die Minderheit mechanisch ausgenützt.

Die zwei letzten Absätze sollen wegfallen. Sollte das abgelehnt werden, so wird folgende Fassung vorgeschlagen: Trotzdem hätte die Minderheit es unterlassen sollen, sei es auch nur in vereinzelten Fällen, Schwierigkeiten zu machen.

3) Jeden Absatz "Zur Gewerkschaftsfrage" soll folgender Zusatz angefügt werden:

Die Meinungsäusserung darf nicht blos zu den gewerkschaftlichen, sondern muss auch allen Fragen der politischen Tagesarbeit Gegenstand werden.

Vorschläge der Opposition.

A) In politischer Beziehung.

Die Partei muss mit grösserer Klarheit als bisher und konsequent die vom 4. Kongress vorgezeichnete Linie einhalten. Sie muss die von ihr aufgeworfene Regierungsfrage auch positiv beantworten, indem sie alle Teilaktionen durch die politische Hauptlosung der Arbeiterregierung zusammenfasst.

Sie muss bei allen wichtigen politischen Fragen rechtzeitig Stellung nehmen und darf sich zu den Fragen der Wehrmacht nicht bloss unter gewerkschaftlichem, sondern muss sich vor allem unter machtpolitischem Gesichtspunkt dazu einstellen.

An den bevorstehenden Nationalratswahlen wird sich die Partei selbständig als Partei beteiligen. Sie hat der Exekutive die Kandidatenliste zu unterbreiten unter Angabe, in welchen Wahlbezirken die einzelnen Kandidaten aufgestellt werden sollen.

Die Presse der Partei muss mehr als bisher über blosse Tatsachenmitteilung hinausgehen und die Tagesereignisse mehr ihrem Zusammenhang beleuchten. Die Berichterstattung über Parteitage, Jugendkongresse, Landesparteitage und dergleichen soll so gehalten sein, dass den Parteigenossen ernste sachliche Meinungsverschiedenheiten, soweit es mit den Interessen der Partei nur irgend vereinbar ist, nicht vorenthalten werden.

B) Auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme rechtzeitig erwogen, in den Betrieben vorbereitet und dann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Wir müssen den Reformisten nicht nur unsere Kritik, sondern auch unsere positiven Vorschläge entgegenstellen.

In allen Lohnkomitees Betriebsratskonferenzen usgl.müssen die Blockvertreter die revolutionäre Auffassung vertreten.Wenn das unmöglich ist,dann hat das Festhalten an solchen Funktionen keinen Zweck.Andererseits muss die Presse das Verhalten der Blockvertreter in den Lohnkomitees,Betriebsratkonferenzen usgl. darstellen,weil anders eine wirkliche Auswertung ausgeschlossen ist.Ueberhaupt muss nach Abschluss der Lohnbewegung eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben unter Darlegung unserer Stellungnahme erfolgen.Nicht genug kann gewarndt werden vor fraktioneller Einstellung und Behandlung von Werkschfl.Fragen.

C. Auf organisatorischem Gebiet.

(Parteiintern:) Die illegale Organisation darf nicht fraktionell zusammengesetzt sein und darf nicht fraktionell verwendet werden.Personen,die zur illegalen Arbeit herangezogen werden müssen mit besonderer Sorgfalt ausgesucht werden. Die Zentrale bestimmt nicht nur den verantwortlichen Leiter der illegalen Arbeit,sondern kontrolliert auch in politischer und organisatorischer Beziehung die allgemeine Richtung der illegalen Arbeit.

Die Partei muss bestrebt sein,immer ein gutes inniges Verhältnis mit der Jugendorganisation aufrecht zu erhalten. Auf der von der Kommunistischen Internationale (Kommunistischen Jugendinternationale) festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei,dabei soll jedoch die organisatorische Selbständigkeit der Jugendorganisation nicht eingeschränkt werden.

Den tschechischen Genossen soll die tatsächliche Möglichkeit geboten sein.Auf den Parteitagen,Landesparteitagen muss in allen Institutionen der Partei ihrer Zahl entsprechend vertreten zu sein.Nicht deswegen weil sie Tschechen sind,sondern weil das Parteiinteresse das erfordert.Das ist kein Nationalismus sondern eine praktische Massregel um das gedeihliche Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

Jede Art von Fraktionswesen innerhalb der Partei muss restlos aufhören.

So unumgänglich notwendig der demokratische Zentralismus für eine Kommunistische Partei ist, er darf nicht mechanisch angewendet werden. Die Leitung der Partei muss bestrebt sein, alle Mitglieder von der Richtigkeit und Notwendigkeit aller Schritte und Massregeln zu überzeugen. Erst wenn diese Mittel erschöpft sind, dann erst nach reiflicher Ueberlegung kommen organisatorische Mittel in Betracht.

Andererseits sollen die Mitglieder eine Entscheidung der Zentrale, selbst wenn sie sie für falsch halten, befolgen und ihre Korrektur nur im ordnungsmässigen Weg, so wie in die Statuten der Partei und der Internationale vorgeschrieben haben, anstreben. Diesen Weg haben die Linzer Genossen nicht eingehalten. Die Aufstellung einer eigenen Kanditatenliste bei den Gemeinderatswahlen ist trotz ihrer nachträglichen Zurückziehung ohne schwere Verletzung der Parteidisziplin und eine schwere Schädigung der Partei.

Die von der Offensive des Kapitals vom Faschismus bedrohte Lage des Proletariats, die bevorstehenden schweren Kämpfe stellen an die Partei die grössten Anforderungen. Die Partei darf auf keine ihrer Kräfte verzichten, sondern sie muss es verstehen, jede einzelne Kraft zu verwenden und am richtigen Platze zu verwenden. Nur so wird sie ihren Aufgaben gerecht werden können.

B. Praktische Vorschläge.

Wenn die Exekutive der Auffassung ist, dass meine Person auch nur im Geringsten nach irgend einer Beziehung ein Hindernis oder auch nur ein Hemmnis ist für die Konsolidierung der Partei,, dann bin ich ohne weiters bereit- so wie ich es schon vor dem Parteitag dem bevollmächtigten Vertreter der Exekutive, Genosse Miljutin erklärt habe- mich für eine von der Exekutive bestimmte Zeit vollkommen zurückzuziehen, oder nach dem Wunsche der Exekutive Oesterreich zu verlassen und in einer anderen Kommunistischen Partei für die Kommunistische Sache zu arbeiten. Für diesen Fall stelle ich das Ersuchen, mir bei der Uebersiedlung behilflich zu sein

Ich verhehle nicht, dass eine solche Entscheidung als eine poltische und moralische Desavoierung nicht nur meiner Person, sondern auch der ganzen Richtung aufgefasst werden würde und aufgefasst werden müsste von allen Kommunisten und auch den nicht-kommunistischen Arbeitern Oesterreichs: Als eine Massregel die nicht als gerecht, nicht als zweckmässig empfunden und überhaupt nicht verstanden werden würde. Nichtsdestoweniger: Wenn die Exekutive eine solche Entscheidung für zweckmässig hält, ich bin bereit dazu.

Nach der Auffassung unserer Genossen kann praktisch nur eine von zwei Lösungen in Betracht kommen:

Entweder die gegenwärtigen Parteiinstanzen mit ihrem gegenwärtigen Partei und Redaktionsstab bleiben so wie sie sind, wie jetzt, all das unter fast vollkommener Ausscheidung der Opposition und führen vollkommen ungestört, wohl aber unterstützt von der Opposition, allerdings belastet mit der gesamten Verantwortung die Partei bis zum nächsten ordentlichen Parteitag.

Oder es muss eine wirkliche Konzentration in der gesamten Kräfte der Partei erfolgen, wobei bemerkt wird, dass es neutrale Elemente gegenwärtig in der Partei nicht gibt.

Unter einer wirklichen Konzentration, d,h, einer Konzentration aller Kräfte verstehen unsere Genossen folgendes:
1. Restlose Anerkennung und Durchführung der Entscheidung der Internationale durch alle, nicht nur durch die Opposition, sondern auch durch die Gegenseite. Das gilt selbstverständlich für alle Fälle, wie immer die Entscheidung der Exekutive ausfallen möge.

2. Alle Teile müssen den Grundsatz der Wahrhaftigkeit im Verhältnis zu einander nicht nur anerkennen sondern auch befolgen. So wird sich die Athmosphäre des Misstrauens rasch

rasch verflüchtigen und das gegenseite Vertrauen erstehen.

4. Die Opposition hat im Parteivorstand unter 11 Mitgliedern zwei, in der Reichvertretung (die Zentrale eingerechnet) unter 28 Mitgliedern 3, in der Reichrevisionskommissi unter 5 plus 5 Mitgliedern 1 plus 1, in der Wiener Landesleit von 9 Mitglisdern nur 1.

Wirkliche Konzentration heisst nach der Auffassung unserer Genossen: Vermehrung dieser vier Instanzen durch die tüchtigsten Mitglieder der Opposition nach einem Verhältnis das halbwegs dem wirklichen Kräfteverhältnis entspricht. Obwoh das hinter dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis zurückbleibt, schlagen wir praktisch eine zweifünftel Vertretung in jeder d obgenannten vier Instanzen vor.

Die Personalvorschläge wären der Exekutive jetzt, d.h. hier zu erstatten.

Was die Partei- und Redaktionsstab betrifft, so wurden alle unsere Genossen gemassregelt, für den Fall der Konzentra on schlagen wir der Exekutive vor, sie möge diese Frage wenn mö lich hier klären, andernfalls aber empfehlen, dass der neue Parteivorstand selbstverständlich unter sorgfältiger Berück sichtigung der Gesamtlage der Partei diese Frage kameradschaf lich regle.

Zum Schluss betonen wir: Welche Entscheidung immer di Exekutive treffen möge, wir werden sie anerkennen und restlos durchführen, aber sie wird nur dann die Gesundung herbeiführen wenn auch die Gegenseite dasselbe tut.

Wir ersuchen die Exekutive ihre Entscheidung in ein offenen Briefe den österreichischen Parteimitgliedern bekannt zugeben und die Parteileitung zu beauftragen, solche Punkte d Entscheidung, deren Veröffentlichung die Exekutive nicht für tunlich hält, durch ein Rundschreiben den Parteimitgliedern in Vollversammlungen bekanntzugeben.

Moskau, am 21. Juni 1923.

Nachschrift.
Ausser Zusammenhang mit obigem Vorschlag stellt die Opposition im Interesse der Partei das Ersuchen folgende persönlich Fragen zu klären: 1. Forst, 2. Tober, 3. Tomann.

Zur Liquidierung der Nachwirkungen der Österreichischen Parteikrise.

Der Märzparteitag der K.P.Ö. hat die Parteikrise liquidiert. Mit drei Viertel Majorität wurde der neue Vorstand gewählt, der in seiner Gänze nach der Intention der Delegierten aus gewerkschaftlich Tätigen oder doch erfahrenen Genossen bestehen sollte. Die grosse Mehrheit des Parteivorstandes bestand somit aus Arbeitern aus den Betrieben. Dasselbe galt für die Reichsvertretung, deren Zusammensetzung die rein proletarische Struktur der Partei wiederspiegelte.

Auf Befehl des Vertreter der Dritten Internationale , seiner Autorität und Vollmacht, nicht seiner Begründung weichend, wurde der Minderheit eine Vertretung von zwei Mandaten eingeräumt, wozu noch ein drittes Mandat (Jugend) zu rechnen war. Wie wir erwartet hatten, hat die Minorität, welche gleich am ersten Tage das E.K. Komintern ersuchte sie ihres Postens zu entheben, nicht mitgearbeitet in der Partei, sondern systematische Sabotage geübt. Dies gilt insbesondere vom Genossen Friedländer, der seinen Pflichten als Redakteur nur mangelhaft in der letzten Zeit überhaupt nicht nachkam, hingegen das E.K.I. mit denunziatorischen Briefen überhäufte. Ebenso sahes die kurze Zeit später gewählte Zentrale der Jugendorganisation für ihre Aufgabe an, die Taktik der Kommunistischen Partei zu durchkreuzen und im persönlichem Kampf gegen die einzelnen Mitglieder des Parteivorstandes zu führen. Die tschechischen Genossen wurden durch die Intervention des Genossen Fry, der an ihren nationalen Gefühlen appellierte in die Krise hineingezogen und zum groesen Teile gegen den Vorstand mobil gemacht, was die Beziehungen zur tschechischen Sektion verschlechtern musste. Trotz beste Absichten der Zentrale, die nationalen Empfindlichkeiten zu schonen, was insbesonders beim Wiener Landesparteitag zum Ausdrucke kam, wo in einzelnen Bezirken freiwillig den tschechischen Genossen freiwillig Mandaten eingeräumt wurden, die sie bei Kampfabstimmungen nicht hätten erreichen können. Durch die Lösung der Gewerkschaftsfrage , durch Kom- und Profintern und dem Parteitag wurde ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaftsrat und oppositionellen Blocks und E.K. der KPÖ- hergestellt unter Kon-

trolle des Kom-

der kommunistischen Partei wurden die Block- als Instrumente der Einheitsfront ausgestaltet, finanziell auf eigene Füsse gestellt und zu brauchbaren Werkzeugen des Klassenkampfes gemacht. Da die Fraktion Frey in den Gewerkschaften keinerlei bedeutende Anhänger fande, so sieht man, dass dort, wo die Anhänger des Vorstandes unter sich waren, sie fruchtbar zu arbeiten im Stande gewesen, was bei besonders bei der Lösung schwieriger Gewerkschaftsfragen, Mittelsteirer Bergarbeiterfrage, Strassenbahnerfrage zu verzeichnen war. Auch in der Ordnerorganisation vermochten wir durch die organisatörische Auffassung sozialdemokratischer Arbeiter für unsere Gewerkschaftsarbeit, Machtpolitik unseren Einfluss zu verstärken, was allerdings zum Teile zu Reibungen mit Anhängern der Frey-Fraktion führte, welche das Ordnerwesen für sich zu monopolisieren suchte, geneigt das Ordnerwesen für fraktionelle Zwecke auszunützen. Die letzten Vorfälle in Linz, die die Partei auf das schwerste geschädigt haben, die Aufstellung einer Gegenliste unter Mitwirkung der Jugendortsgruppe Linz, beweisen, dass die Frey-Fraktion ihre parteischädigende Tätigkeit fortzusetzen suchte.

K o n s e q u e n z e n .

Der Parteivorstand, aus Betriebsarbeitern bestehend, wird von der Frey-Fraktion in seiner Tätigkeit gehindert oder doch bedeutend eingeschränkt, ohne die Mitglieder der Fraktion Frey ausschalten zu wollen, gilt es darum eine Auswechselung der Personen in folgender Weise vorzunehmen.

1.) Genossen Friedländer wird in Erwägung seiner nachgewiesenen Sabotage die Genehmigung erteilt, seine MA Parteivorstandsmandat zurückzulegen. Statt seiner wäre Genosse Otto Benedikt (Angestelltenarbeiter), welcher der Fraktion Frey nahesteht oder ihr angehört, im Gewerkschaftsrate aber sich gut bewährt hat auf der nächsten Sitzung der Reichsvertretung in den Parteivorstand zu kooptieren.

2.) Sollte Genosse Richter, wie er beabsichtigte, nach der Tschechoslowakei zurückkehren, wäre ein tschechischer Betriebsarbeiter in den Parteivorstand zu entsenden.

Von der Jugendorganisation

3.) Einen Genossen in den Parteivorstand zu entsenden, welcher ein Zusammenarbeiten mit dem C.K. der Partei eher ermöglicht, wie der bisherigen Vertreter. Es wäre der Wunsch auszusprechen, dass der Vertreter der Jugendorganisation aus der Mitte der Betriebsarbeiter genommen würde. (Stern, Herold ect.), die obwohl der Fraktion Frey zugeneigt ein sachliches Zusammenarbeiten ermöglichen könnten.

Heranziehung zur Arbeit.

Das Zentralkomitee des C.K. der KPÖ. war uns ist bereits die Genossen der Minorität zur Parteiarbeit heranzuziehen. Die Erklärung der Minderheit keine Verantwortung übernehmen zu wollen, war allerdings dem Bestreben des Zentralkomitees hinderlich. Dennoch haben wir Genossen Friedländer in die Redaktion aufgenommen, Genossen Fabri zum Administrator des Roten Gewerkschafter gemacht und alle Mitglieder der Minorität als Referenten verwendet. Wir sind bereit dies weiterhinzutun.

Frage Frey.

Genosse Frey hat sich durch seine falsche Einstellung in der Gewerkschaftsfrage diegesamten gewerkschaftlich tätigen Genossen von sich abgestossen, hat durch seine persönlichen Eigenschaften einen gross Teil solcher Genossen gegen sich in Opposition gebracht, die sachlich mit ihm teilweise sympathisierten. Es ist daher unmöglich Genossen Frey zu solchen Arbeiten heranzuziehen, welche die Partei nach aussenhin verpflichten oder den Mitgliedern gegenüber als bindend erscheinen könnten. Er kann daher nicht verwendet werden zu internen politischen Arbeiten, welche vom politischen Buro ausgehen, nicht zu militärtechnischen Fragen, weil weil er sie für persönliche Zwecke benutzen würde und das Vertrauen zu ihm nicht vorhanden ist, nicht in der Bildungsarbeit, weil die diesbezüglichen Versuche sich als unzweckmässig erwiesen haben (proletarische Kirche) . Zu organisatorischen Arbeiten ausserhalb des Bezirksrahmens könnte er ebenfalls nicht ver-

wendet werden, da er sonst seine parteizersetzende Tätigkeit fortführen würde. Wie weit eine journalistische Verwendung, Herausgabe einer Wahlbroschüre, statistische Arbeiten in Betracht kämen, wäre einzeln zu besprechen. Die günstigste Lösung wäre wohl, Genossen Frey ein Arbeitsgebiet ausserhalb Oesterreichs zuzuweisen, um in seiner Abwesenheit die Reste der Krise zu liquidieren, seine Anhänger zur Arbeit heranzuziehen und getragen vom Vertrauen der Kommunistischen Gesamtpartei an die sozialdemokratischen Massen heranzukommen.

Genosse Emitin und Kreibich an das ZK der KPOe. Wien.

I. Der Fraktionskampf dauert noch immer fort. Das jetzige Zentralkomitee setzt dieselbe fehlerhafte Politik, die das alte ZK führte fort im Sinne des mechanischen Zentralismus, der mechanischen Unterdrückung der Minderheiten und Unfähigkeit der Mitglieder an die Arbeit heranzuziehen. (Uz. trotzdem dass in allen Gebieten des Parteilebens ausnahmslos ein grosser Mangel an Kräften herrscht.) Diese Taktik wurde seitens der Exekutive der KI bereits mehrmals verurteilt, wir müssen aber leider feststellen, dass das ZK der KPOe. davon keine praktische Anwendung gemacht hat. Ein solcher Zustand bedroht die Partei mit schweren Folgen.

II. Die ungenügende Festlegung der vom ZK der KPOe durchgeführten politischen Linie: Bei der vollkommen richtigen Aufstellung der Parole des wirtschaftlichen Kampfes, die die breiten Arbeitermassen erfassen soll, bei der Aufstellung der Forderung der Forderung der Einberufung des Betriebskongresses hat das ZK in seiner Agitation und Propaganda die politische Seite der Frage vernachlässigt, nämlich die Kritik und den Kampf gegen die jetzige bürgerliche Regierung und den Kampf um die Arbeiterregierung. Das Resultat davon ist die Umbestimmtheit und Unklarheit der politischen Linie der Partei.

III. Eines der wirksamsten Mittel zur Beeinflussung der breiten Massen ist die Presse, In diesem Sinne wurde fast gar nichts geleistet. In der ersten Zeit nach dem Parteitag, konnte man an der "Roten Fahne" eine gewissene Besserung bemerken, die aber alsbald verschwand. Sie macht jetzt überwiegend den Eindruck eines Informationsblättchens, auch mangelt es fast gänzlich an Leitartikeln. Desgleichen ist das Blatt vom literarischen Standpunkt äusserst schwach und die Redaktion vermochte neue Mitarbeiter weder aus Wien noch aus der Provinz heranzuziehen. All dies führte dahin, dass das Zentralorgan der Partei nicht über die notwendige Autorität verfügt. Die heutige Lage in Erwägung ziehend, beantragen wir dem ZK der KPOe die Durchführung folgender Massnahmen, die zur Besserung der Arbeit in der Partei führen sollen:

I. Bei der Durchführung der Massenaktion, in den Versammlungen, in der Presse, in den Meetings, ausser den Tagesparolen die Notwendigkeit des Kampfes für die Arbeiterregierung hervorzuheben.

2. Zwecks Aufhebung der Fraktionskämpfe:

a) Das Verbot der Fraktionsversammlungen und Organisationen.
b) Zwecks Untersuchung der Gerichtsdelikte statt der jetzt bestehenden, einseitig zusammengesetzten Kommission beim ZK die Einsetzung einer Kommission aus 3-4 Mitgliederm, in welcher die tschechsl. und die jugosl. Partei, sowie das ZK je ein Mitglied entsenden. Alle Gerichtsdelikte sind dieser Kommission zu überweisen, die binnen einer Woche zusammentreten soll.
c.) das ZK der KPO hat einen Plan auszuarbeiten, auf welche Weise Gen. Frey und die übrigen Genossen aus der Minderheit für die ständige Arbeit in der Partei auszunützen sind.

3.) Die Entsendung des Gen. Koritschoner oder Toman einerseits und andererseits des Gen. Frey zur Erw. Exekutiv-Sitzung, zwecks Informierung über die Lage der Partei und Vornahme weiterer Massnahmen zur Stärkung der Parteiarbeit.

4.) Zur Verbesserung der Zeitung ist die Aufstellung einer Liste der Mitarbeiter notwendig, sowie die Einberufung von ständigen Beratungen: der Redakteure, der Mitarbeiter und gemischte Beratungen der Redakteure mit den Mitarbeitern und den Vertretern aus den Bezirken zur Erörterung der Verbesserung der Zeitung."

5. Zur Erhöhung der Arbeitsfähigkeit des ZK ist es notwendig, dass mindestens 3 Mitglieder des ZK ihre ganze Zeit der Parteiarbeit widmen. Besonders notwendig ist es, den Gen. Koritschoner von der Arbeit in der Bank zu befreien, damit er nur in der Partei arbeiten kann.

6. In die Zusammensetzung des politischen Büros auch den Vertreter der Jugend mit beratender Stimme einbeziehen.

7.) In die Zusammensetzung des Orgbüros den Gen. Richter einbeziehen.

8.) Die Einführung von ständigen Reisen der Mitglieder des ZK in die Provinz.

9. Alle hiezu fähigen Genossen ohne Rücksicht auf die Fraktion in die Referentenliste aufzunehmen.

lo. Dem Vertreter der Ex. der KI ist über die Lage, die Statuten und materielle Mittel der illegalen Organisation Bericht zu erstatten.

11. Dem Vertreter der Exekutive der KI und dem EKKI sind die Protokolle der Sitzungen des ZK der KPOe regelmässig einzusenden, zwecks besseres und systematischer Einsicht in die Arbeit des ZK.

12. Die Kandidatenliste für die bevorstehenden Wahlen sollen rechtzeitig dem EKKI eingesandt werden.

Der Bevollmächtigte des EKKI
Emitin, Kreibich.

- -

Brief des Bevoll.des EKKI Emitin und Kreibich an das Präsidium der KI Moska

Werte Genossen . Wir übersenden Euch die Vorschläge, die wir nach unserer Einsicht in der Arbeit der Kompartei Deutschösterreichs und ihre ZK gemacht haben. Diese Vorschläge sind jedoch nicht ausreichend und wir erachten es als notwendig, dass die EKKI folgende Massnahmen vornimmt.

1. Zur Erw.Sitzung der Exekutive(im Mai) den Genossen Toman, (oder Koritschoner) und Frey einzuladen
2. Den Gen.Frey in das ZK und in das Politbüreau des ZK mit beratender Stimme aufzunehmen;
3.) Die Einberufung eines ausserordentlichen Parteikongresses der KPOe. vor der Wahlkampagne erscheint erforderlich zur Festlegung der Taktik in der Wahlkampagne:
4.) Die Revision der Parteisatzungen ist notwendigt
5.) Es ist notwendig aus dem westeuropäischen Büreau der Profintern ein Genosse (unleserlich) ,um die Arbeit der österreichischen Gewerkschaften kennen zu lernen.
6. Die Entsendung eines verantwortlichen Genossen zur ständigen Arbeit ist erforderlich(es bestehen zwei Kandidaturen: Neumann(Sturm)und Fröhlich.

Der Bevollmächtigte des EKKI
M.
Emitin, Kreibich.

- - - - - - - - - - - -

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des PV der KPOe ,Mittwoch, 25. April 1923

Gemäss den Vorschlägen im Briefe der Bevollmächtigten des EKKI vom 23. April 1923 werden folgende Massnahmen beschlossen:

1. Bei der Durchführung der Massenaktionen, in den Versammlungen, in der Presse, in den Versammlungen müsser den Tagesparolen die Notwendigkeit des Kampfes für die Arbeiterregierung hervorzuheben.

2. Zwecks Aufhebung der Fraktionskampfe: a) Das Verbot der Fraktionsversammlungen und Organisationen. Zu diesem Zweck wird ein parteiinternes Rundschreiben an die Organisationen ergehen, das ausdrücklich auf die Unterhandlungen mit den Bevollmächtigten des EKKI Bezug nimmt und dessen Entwurf Gen M vorgelegt wird.

b) Zur Untersuchung der Fälle Schauer sowie Gruber-Kalischer wird eine Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Parteivorstandes der KPOe. und je einem Vertreter der KPTsch und KPJ in kürzester Frist zusammentreten

c) Der Parteivorstand der KPOe wird einen Plan ausarbeiten, in welcher Weise Gen.Frey und die übrigen Genossen der Minderheit für die ständige Arbeit in der Partei auszunützen sind.

3. Zur Tagung der Erw.EKKI wird von der KPOe Gen.Koritschoner entsendet. Das EKKI wird ersucht, auch den Gen.Frey einzuladen, um dort die parteischädigende Tätigkeit des Gen.Frey abzustellen.

4. Es sind eine Liste der Mitarbeiter der RF sowie die Einberufung ständiger Beratungen der Redakteure, der Mitarbeiter sowie gemischte Beratungen der Redakteure mit den Mitarbeitern und den Vertretern aus den Lokal organisationen zur Erörterung des Ausbaues der Zeitung vorzubereiten.

5. Mindestens 3 Mitglieder des PV haben ihrr ganze Zeit der Parteiarbeit zur Verfügung zu stellen, darunter auch Gen.Koritschoner.

6. In das Polbüro ist der Vertreter der Jugend im PV mit beratender Stimme hinzuziehen.

P. 7. der Vorschläge zurückgezogen,

8. Einführung ständiger Reisen vom Mitgliedern des PV in die Provinz, soweit es die fin.Mittel erlauben.

9. Alle fähigen Genossen sind in die Referentenliste aufzunehmen.

lo. Dem Vertreter des EKKI ist über die Lage, Statuten und materialle Mittel der illegalen Organisationen Bericht zu geben.

. Dem Vertreter der EKKI und dem KI sind die Protokolle der Sitzungen
s Parteivorstandes der KPOe zuzustellen.
. Die Kandidatenlisten für die bevorstehenden Wahlen sind rechtzeitig an
s EKKI zu senden.

Der Schriftführer:
Unterschrift-unleserlich.

Vorsitzende:Toman.

- - - - - - - - - - -

Aus dem Brief des PV der KPOe an das Präs.der EKKI. Wien 2.Mai 1923.

(betrifft Gen.Frey)

" Er hat die Vorgänge auf dem Landesparteitag zum Gegenstand von Rundschreiben an führende Genossen der Provinz gemacht,ist über den Kopf des Parteivorstandes nach Linz gefahren,um dort eine Vertrauensmännerkonferenz zu stören,ist mit Umgehung der Zentrale nach Graz zu einer Maiversammlung gereist und desorganisiert mit einem ausgebauten Apparate andauernd die Parteiarbeit in Wien und der Provinz.Zu der Arbeit,die ihm Kraft seines Mandates als Obmann der Bildungsgruppe seiner Lokalorganisation zur Pflicht gemacht war,hat er sich nicht die Zeit genommen,wohl aber zum systematischen Desorganisierung und Diskreditierung des mit Dreiviertelmehrheit vom Reichsparteitag gewählten Parteivorstandes.Ein unverhältnismässig grosser Teil der Arbeit des Parteivorstandes und seiner Organe muss der Bekämpfung der schädlichen Auswirkungen der ständigen Fraktionsarbeit des Gen.Frey gewidmet werden,sehr zum Schaden der eigentlichen Parteiarbeit,der eine Fülle von Aufgaben erstanden sind und erstehen,die bei Weiterbestehen des jetzigen Zustands nicht bewältigt werden könnten.

Wir hoffen,dass Ihr die Notwendigkeit sofortiger Vorladung des Gen.Frey einsehen und dementsprechend handeln werden und zeichnen

mit kom.Grüssen iA des PV dKPOe.
F.Koritschoner,K.Toman.

- -

Bericht Nr. 4. An das Präsid. der EKKI,Wien 2.5.1923.

- - - -" Der Landesparteitag Wien,am 14.und 15.April hat die Politik des neuen PV der KPO gutgeheissen und eine Landesleitung gemäss den Vorschlägen des PV gewählt.Programmgemäss ist seitdem die Bildungsarbeit zunächst in Wien aufgenommen worden,ein Zentralkurs und ein zentraler Gewerkschaftskurs eröffnet,Funktionärkurse werden folgen und die Bildungsarbeit in der Provinz wird in systematischer Weise vorbereitet. "

- -

Friedländer und Frey an die EKKI. Wien,25.April 1923.

Werte Genossen . Die Untergefertigten sind neuerlich genötigt bei der Exekutive der Komintern gegen den in der Internationale wohl einzig dastehenden Missbrauch der Wiener "R.F."durch die gegenwärtig führenden Genossen der KPOe den schärfsten Protest zu erheben und die Exekutive zu ersuchen,dagegen einzuschreiten.

Nachdem bereits der Bericht über den Reichsparteitag,der im März stattgefunden hatte,in unglaublicher Weise verfälscht worden war,ist dieser durch den Bericht über den Wiener Landesparteitag überboten worden.Hiebei handelt es sich um bewusste Verfälschung und Verschweigung des tatsächlichen Verlaufes des Landesparteitages,über den wir kürzlich der Ex.der KI berichtet haben,überdies,was das gravierendste ist,um bewusste Lächerlichmachung exponierter Genossen und Funktionäre,was natürlich bewusst parteischädigend ist.

Es wurden und werden ferner die Meinungsäusserungen über wichtige taktische Fragen und was noch merkwürdiger ist Artikel über die politische Lage Oesterreichs und die sich daraus ergebenden Konsequenzen,wenn sie von Genossen,die nicht zur persönlichen Gefolgschaft Kor.und Tom.gehören,systematisch unterdrückt.

Es wurden die Anträge und Resolutionen der starken(2 /5)Minderheit auf dem Landesparteitag in der " Roten Fanne" glatt totgeschwiegen:sogar der Antrag betreffend die Vorbereitung der Parole der Arbeiterregierung der von der Mehrheit angenommen worden ist.

Die Genossen Frey und Friedl.haben vom Chefredakteur der RF,wie vom PV die Berichtigung ihrer vollständig entstellten Reden auf dem Landesparteitag,sowie dem Abdruck der Resolutionen Friedländer und der Anträge Frey verlangt.Es wurde abgelehnt.

Wir berufen hiermit an die Exekutive der KI und ersuchen Sie,zur erwirken,dass der gegenwärtige Zustand in der KPOe-wonach man der Willkür der führenden Genossen vollkommen wehrlos ausgeliefert ist,ein Ende findet.

Wir ersuchen,das beiliegende Material und die Berichtungsersuchen derx Gen Frey und Friedländer zur Kenntnis zu nehmen.

Mit k.G.

Friedl. Frey.

- -

Aus dem Bericht der Minderheit des Landesparteitags Wien.
18.April 1923.

" Von den 36 Delegierten übten 15 Delegierte die schärfste Kritik sowohl an den Massregelungen,Mundtotmachung,Statutenbrüchen,Suspendierungen,kurz an alle den gewaltsamen aus persönlichen entspringenden organisatorischen Massnahmen des PV,als auch an der politischen Führung der Partei,sowie der Taktik auf gewerkschaftlichem Gebiete. "

- - - - - - -

S.2. Die Wahl des neuen Landesparteivorstandes erfolgte mit 21 gegen 15 Stimmen."

Indem wir dieses unglaubliche Verhalten der Exekutive der Komintern zur Kenntnis bringen,bemerken wir,dass die Jugenddelegation zum Punkte Wahlen folgende Erklärung eingebracht hatte:

" Bei der jetzigen Situation in der Partei,bei dem Stimmenverhältnis auf dem Landesparteitag(15:21) ist die Jugenddelegation der Ansicht,dass die Wiener Landesleitung nach Uebereinkommen proportionell zusammengesetzt sein soll, wobei selbstverständlich die fähigsten Genossen herangezogen werden müssen.Wir befinden uns hier in einer Linie mit der Ansicht und den Gepflogenheiten der KI,wie es bei ähnlichen Anlässen bereits zum Ausdruck gekommen ist.

Wir hoffen,dass der Landesparteitag die Wahl in diesem Sinne vornehmen wird,um der Partei von vornherein die Möglichkeit zu guter sachlicher Arbeit zu geben.

Der Appell der Jugenddelegation blieb aber fruchtlos.- - - - - - - - - - - - - - - - -

Aus dem Bericht über den Streik der steirischen Bergarbeiter an die Prof. und des miteurop.Büros der RGI. Wien,11.April 1923.

" Das Resultat war die Entlassung der Betriebsräte,worauf die ganze Belegschaft 3oo Mann für die Betriebsräte eintretend,in den Streik traten.Der Streik dauerte 4 Wochen.Während der ersten drei Wochen haben die Gewerkschaften den in Kampf stehenden weder moralisch noch materiell Unterstützung geleistet."

S.5. -----" Seit den letzten Wochen ist auch eine Massenflucht aus den Gewerkschaften zu ersehen und ist dieselbe nach von uns bereits aufgestellten Berechnungen bereits 4o%.Wir haben in Belegschaftsversammlungen und allgemein gewerkschaftlichen Versammlungen,sowie in der Presse und in einem Flugblatt-das beiliegt-sofort die Parole ausgegeben für die Verstärkung der gewerkschaftlichen Organisation einzutreten und aufzuzeigen,dass an der Niederlage der Arbeiter nur die Gewerkschaftsbürokraten schuldtragend sind.

" Am Montag den 9. fand in Graz eine grosse Vertrauensmännerkonferenz der Bergarbeiter von ganz Steiermark statt,in welchem der Sekretär Hochwartner empfahl,den Streik zu beenden.Und die Arbeiter des Kalrschachtes,die zu revolutionär sind,von den Verhandlungen auszuschliessen.Wegen der Angelegenheit des Kalrschachtes schluss dieser " Arbeitersekretär" vor,ein eigenes Komitee einzusetzen,bestehend aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern und als Vorsitzender wurde von dem Gew.Sekr.der christlichsoziale Landeshauptmann d Führer der Weissgardisten,Rintelen,vorgeschlagen.Der Vertreter der Bergwerksgebiete Köflach und Voitsberg der komm.Betriebsrat Supan legte in dieser Vertrauensmännerkonferenz folgende Resolution vor:

" Die heute tagende Konferenz lehnt jedes Kompromiss ab und erklärt, jede Konzession an die Unternehmer in der Frage der entlassenen Betriebsräte und der entlassenen einheimischen Arbeiter als vollständig unmöglich. Die Konzession in dieser Frage bedeutet die Auslieferung des Betriebsräte-gesetztes und der gesamten Arbeiterschaft an die Unternehmer.Zur siegreichen Beendigung des Streiks ist unverzüglich die Kohlensperre über Steiermark zu verhängen,der Streikder lebenswichtigten (Eisenbahn)Betriebe vorzubereiten. Das Streikkomitee wird beauftragt,zu diesem Zwecke alle Massnahmen zu treffen.Die Betriebsrätekonferenz spricht sich unter allen Umständen für einen einheitlichen Lohnvertrag für ganz Steiermark aus."

In seinen weiteren Ausführungen protestiert Genosse Supan gegen die Ausschliessung der Köflacher Arbeiterschaft aus dem Vertragsabschluss. Auch einige sozdem. Arbeiter einige soz.d m. Vertrauensmänner treten für einen einheitlichen Vertrags.

abschluss für ganz Steiermark ab. Die Sekretär Hochwartner und Schlager erklärten, dass ab heute kein prinzipieller Konflikt gegeben sei, sondern ein reiner Lohnkampf besteht. Der Schiedsspruch wird auch diese Angelegenheit erledigen. Trotzdem ein grosser Teil der Vertrauensmänner mit den rev. Betriebsräten auf einer Seite war, gelang es durch Ausnützung aller demagogischen und technischen Mittel der Gew. Bürokratie eine Mehrheit zu bekommen.

S.9.

" Der Streikabschluss erfolgte auf der Basis, dass vom 2o. April rückwirkend der Lebensfaktor um 5% und ab 2o. April um weitere 7% erhöht wird.

Die Beendigung des Streiks wird von der Grosszahl der Arbeiter als eine durch die Kampfunlust und Ausgleichssehnsucht der Gew. Bürokraten herbeigeführte Niederlage empfunden.

- - - - - - - - - - - - - - -

Aus dem Bericht 3 an das Präs. der EKKI, Wien 5. April 1923.

"NS. Soeben erhalten wir Euere Zuschriften vom 23. MaM. worin Ihr uns die Betrauung des Gen. Kreibich mitteilt. Wir werden uns natürlich sehr freuen, Gen. Kreibich hier begrüssen zu können, machen Euch aber darauf aufmerksam, dass Ihr über die Vorgänge innerhalb der KPOe durchaus nicht beunruhigt sein braucht. Die Entwicklung der Partei ist eine gesunde, die in den Zuschriften der Gen. Friedländer und Richter, deren Inhalt wir nicht kennen, enthaltenen Klagen entspringen kleinlichen persönlichen Verstimmungen dieser Genossen, die nicht in Betracht kommen und die wir von diesen Genossen angesichts ihrer Erklärungen an dem Parteitage erwartet haben. Der PV erwirbt sich in immer höherem Masse nicht nur das Vertrauen der Mitgliedschaft, sondern auch der Sympathisierenden und die Erfolge seiner Arbeit beginnen sich in steigendem Masse zu zeigen.

M.k.G.

F. Koritschoner, K. Tomann.

- - - - - - - - - -Aus dem alten Material.

S.1.) " Die absolute Notwendigkeit, die Partei finanziell möglichst rasch auf eigene Füsse zu stellen, hat uns gezwungen, fast die gesamte Kraft auf die Agitation zu werfen. Wir mussten mit allen Kräften werben, werben und wieder werben, Mitglieder gewinnen, um die Partei finanziell zu sichern. Das ist gelungen. (1115)

S.2. Pkt.3.) Im vergangenen Jahre war dieser verhältnismässige Mehraufwand für die Agitation zum Teile begründet in den schwierigen finanziellen Lage der Partei. Auch insoferne entschuldbar." (1118)

S.2. Nr.5. Diesem Zweck (der Partei) wollen wir erreichen womöglich mit Sympathie, aber wenn nicht mit " Sympathie, dann eben muss es ohne Sympathie gehen zur Erreichung unserer Parteizwecke." (112o.)

S.3. Nr.6. Das ganze Parteistatut ist heute noch in der Hauptsache Programm dessen Verwirklichung noch in den allerersten Anfängen steckt. Auch die gründliche organisatorischen Rundschreiben, die zur Durchführung des Statutes hinausgegeben wurden, sind zum Grossteil noch Papier (Nr. 112o)

S3. Pkt.7. Fast in keiner Lokalorganisation haben wir eine gut funktionierende Bildungsgruppe usw... Der Bildungsarbeit muss eine weit höhere Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher." (Nr. 112o.)

S.3. Nr. 8 Wohin gehören die Führer während der Aktion? Diese Frage kann natürlich nur in jedem einzelnen Falle nur nach reinen Zweckmässigkeitserwägungen entschieden werden und nicht nach dem Popularitätsbedürfnis einzelner Führer, die das wachsende Bedürfnis der Partei sich mit den Massen auf das engste zu verbinden, manchmal mit ihrem persänlichem Bedürfniss nach Reklame verwechseln." (Nr. 1221.)

Rote Fahne 19. Jänner 1923 S.3." Wie vorwärts?" (Von J. Frey.)

6. Probleme der Gewerkschaftsarbeit.

" Was muss geschehen, um die Blockbewegung zu verbreitern und zu beschleunigen?"

Zunächst einmal muss möglichst bald jeder Block innerlich erstrafft werden. Zugleich muss von den untersten Blocks angefangen bis hinaus zur obersten Blockspitze eine straffen Zusammenfassung herbeigeführt werden. Die Einheitlichkeit der Blockmitglieder im Auftreten, im Handeln muss restlos verwirklicht werden. Gründliche Beratung im Block, aber nach der Be-

schlussfassung einheitliches Handeln. Dieser Grundsatz muss besser verwirklicht werden als bisher. Solche Fälle, wie sie bei wichtigen Entscheidungen vorgekommen sind, dass der eine sass, der andere stand, oder dass der Block überhaupt nicht auftritt, dürfen nicht mehr vorkommen. Das schwächt die Blockbewegung äusserlich und rückwirkend auch innerlich und gibt den Gegnern die schärfsten Argumente, weil sie sich gegen die Gewerkschaftsopposition mit den Worten eines Oppositionellen wenden können. Ein Mann wie Hudl hatte längst ausgeschifft werden müssen. Gewiss, er wollte subjektiv das beste und er handelte aus ehrlicher Ueberzeugung, aber die objektive Auswirkung seines Verhaltens war prokapitalistisch und antirevolutionär.

In taktischer Beziehung wird das Auftreten der Blocks auf gewerkschaftlichen Tagungen, gewerkschaftlichen Konferenzen, Betriebsräte-Obmänner koferenzen, Betriebsversammlungen den Geboten einer schmiegsamen Taktik Rechnung tragen müssen, dabei aber doch im grossen und im einzelnen viel zielbewusster werden müssen als wie bisher. Gute Reden sind gewiss nicht ohne Eindruck, aber blosse Reden sind verpuffte Energie.

Die allgemeine taktische Linie bei allen derartigen Konferenzen muss diese sein: entweder es muss gelingen, die Gewerkschaftsführer vorwärts zu drängen zum wirklichen Kampf für die allerdringensten Forderungen, oder aber es muss wenigstens die Tatsache, dass die reformistischen Gewerkschaftsführer für die notwendigsten Forderungen der Proletarier die Macht der Gewerkschaften nicht einsetzen sollen, sinnfällig den sozdem. Vertrauensmänner und in weiterer Auswirkung den sozdem. Arbeitern vor Augen geführt werden.

Zu wirksamen Durchführung dieser Taktik genügt nicht blosses Reden, sondern dazu sind durch gute Reden unterstützte Anträge nötig. Aber diese Anträge müssen hieb- und stichfest sein, müssen gut überlegt, durchdacht und sorgfältig ausgearbeitet sein. Sie müssen anknüpfen an die allerkonkretesten Fragen des betreffenden Betriebes, der betreffenden Branche, des betreffenden Industriezweiges und müssen dann ausmünden in die allgemeinen, allen Arbeitern verständlichen nächsten proletarischen Forderungen. Solche Anträge können nicht aus dem Aermel geschüttelt werden, sondern erfordern gründliche Arbeit, die aus der unausgesetzten Bearbeitung des Tatsachenmaterials schöpft, aus der immer wieder aufgefrischten Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in den Betrieben, in den Branchen, in jedem Wirtschaftszweig, aus der genauen Verfolgung der Gewerkschaftspresse und der einschlägigen Fachpresse der Kapitalisten."

- - - - - - - - - - - -

Aus dem Antrag Frey.

(Intern für Parteimitglieder des PV und für die Mitglieder der kom. Fraktion des engeren Gewerkschaftsrates.)

Um Klarheit in das Verhältnis der Kom. Fraktion, des engeren als auch des erw. Gewerkschaftsrates zu bringen, stellt der PV fest, indem er zugleich das Mindestmass der zur dauernden Erhaltung der Unterordnung der kom. Gew. Fraktion unter den PV absolut notwendigen Garantien präzisiert:

1.) Die Fraktionen immer den Blocks voraus. Jeder Beratung des engeren oder erweiterten Gewerkschaftsrates der revolutionären Gewerkschaftsbewegung müssen in allen Fällen zuerst die Beratungen der kom. Fraktion des engeren bezw. erweiterten Gew. Rates vorangehen. Dieser Grunsatz muss überhaupt in allen Instanzen bis hinunter zu den komm. Betriebsfraktionen und überhaupt in allen gewerkschaftlichen Fragen, zB. auch bei der kom. Arbeitslosenfraktion mit der grössten Strenge ausnahmslos eingehalten werden.

2.) Leitung der Aktionen: Politische Aktionen leitet der PV. Ueber rein gewerkschaftliche Aktionen von grosser politischer Bedeutung oder überhaupt von grosser Tragweite hat die kom. Gew. Fraktion den PV bezw. in dringenden Fällen das politische Büro zum informieren und rechtzeitig von ihren dringenden Beschlüssen die Direktiven des PV in dringenden Fällen des pol. Büros einzuholen.

3. Gewerkschaftliche Konferenz, gewerkschaftliche Tagungen.
Vor endgiltiger Beschlussfassung über gewerkschaftliche Konferenzen, gew. Tagungen von grosser Bedeutung, insbesondere in allen Fällen, wenn es sich um gewerkschaftliche Konferenzen oder gewerkschaftliche Tagungen im zentralen Massstabe handelt, hat die kom. Gewerkschaftsratsfraktion ihre Vorschläge über den Termin, die Tagesordnung, die Referenten sowie über von ihr geplante Anträge, Thesen, Resolutionen dem PV in dringenden Fällen dem pol. Büro vorzulegen.

4. Direkter Dienstverkehr mit den Parteiorganen.

Von nunab ist auf das strengste zu unterscheiden zwischen dem Gew. Rat der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der kom.Fraktion im Gewerkschaftsrat der revol. Gewerkschaftsbewegung.

Der engere oder der erweiterte Gewerkschaftsrat der revol.Gewerkschaftsbewegung steht in keinem direkten Verkehr mit den Organen der KP. also auch nicht mit den komm.Betriebs-Branche-und Industrie-und Gewerkschafts fraktionen,Landesleitunen ,Lokalausschüssen usw.usw.,sondern er verkehrt mit den Organen der KP ausschliesslich auf dem Wege über den PV uz.durch Vermittlung über das kom. Gewerkschaftssekretariat.

An die kom. Betriebs-Branchen und Industrie-Gewerkschaftsfraktionen,an die Lokalausschüsse, Landesleitungen usw. darf sich in gewerkschaftlichen Dingen im direkten Dienstverkehr nur wenden der PV. ,in dringenden Fällen auch das pol.Büro bezw, wenn es sich um parteiorganisatorische Fragen handelt,in dringenden Fällen auch das Organisationsbüro.

Darüber hinaus ermächtigt der PV auch die kom.Gew.Fraktion ,sowie das kom.Gewerkschaftssekretariat ,ebenfalls zum direkten Dienstverkehr mit allen Instanzen der Kommunistischen Partei in rein gewerkschaftlichen Fragen.

Dienststücke der kom.Gew.Fraktion bezw.des Kom.Gew.Sekretariats , die organisatorisch in den Organisationsapparat der KP eingreifen,bezw. sich mit politischem Inhalt an Kom Parteiorgane, oder Kom.Parteimitglieder wenden,bedürfen der Gegenzeichnung .

5. Wer zeichnet rechtsverbindlich für die Kom.Fraktion des Gew.Rates bezw.für das kom. Gew.Sekretariat?

Die Dienstücke der Kom.Gewerkschaftsfraktion bezw.Gew.Sekretariats müssen von jetzt ab streng folgenden formellen Bedingungen entsprechen.

A) Der Kopf hat zu lauten: KPOe.Kommunistische Fraktion des engeren Gew. Rates. oder " " " " weiteren " "

" " " Gewerkschafts-sekretariats.

B) Jedes wichtige Dienstück ist durch Aufdruck einer Stampiglie abzuschliessen,welche den Text trägt:
Kommunistische Fraktion des engeren -des erweiterten-Gewerkschaftsrates.
Kommunistisches Gewerkschaftssekretariat.

C) Sodann ist das Diestück wie folgt zu zeichnen:
a) die laufenden,nichtwichtigen Dienststücke zeichnet der kom.Gewerkschafts sekretär mit der Klausel:
" Dür das kom.Gew.Sekretariat"
b) wichtigere Dienstücke zeichnet eberfall der komGewerkschaftssekretär jedoch mit der Klausel: "Im Auftrage der kom.Fraktion der erw.Gewerkschafsrates oder " Im Auftrage des kom.Fraktion des erw.Gewerkschaftsrates.

c) alle wichtigen Dienstücke zeichnet der Vorsitzende der kom.Fraktion des engeren bew.erweiterten Gewerkschaftsrates kollektiv mit dem kom.Gewerkschaftssekretär und zwar mit der Klausel:
" Für die kom.Fraktion des engeren (bezw.erweiterten)Gewerkschaftsrates.

Antrag der Gewerkschaftsabteilung der KPOe an den Parteitag.

- -

Die Offensive des Kapitals verdankt ihren Fortschritt der Passivität der Amsterdamer Führer,welche eine erfolgreiche Abwehr der Offensive durch die Gewerkschaften lähmt.Um den Fortschritt der Offensive nicht zu hemmen,sondern im Interesse der proletarischen Lebensexistenz erfolgreich zu bekämpfen müssen die Gewerkschaften zu einheitliche geschlossenen revolutionären Abwehr mobilisiert werden.Daraus ergibt sich für die KPOe die Folgerung,die Gewerkschaftsarbeit mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu unterstützen ,weshalb der VI.Parteitag der KPOe beschliesst:

1. Die Gewerkschaftsabteilung der KPOe ist vom Parteivorstande die weitmöglichste Zahl aktiver gewerkschaftlich geschulter Kräfte zuzuteilen.

2. Jedes Parteimitglied ist verpflichtet,der Gewerkschaft seiner Branche anzugehören.Wo dies praktisch durch die verweigerte Aufnahme der Amsterdamer nicht möglich ist,muss das betreffende Mitglied der KPOe.der Fraktion ,resp. dem Block seiner Branche angehören.(s.§32 der Parteisatzungen.)

3.Ausnahmslos ist jedes einzelne Mitglied der KPOe nicht nur verpflichtet der Fraktion,resp.dem Block seiner Branche anzugehören,sondern darin vor allm auch aktiv mitzuarbeiten und an allen Veranstaltungen der Fraktion und des Blockes teilzunehmen. Innerhalb seines Betriebes und seiner Gewerkschaft ist weiters jedes Mitglied verpflichtet,als Fraktions-und Blockmajorität sich unterordnend,diszipliniert vorzugehen.(s.§ 32 der Parteisatzungen.

4. Den " Roten Gewerkschafter",das Organ der revolutionären Blocks hat jedes Parteimitglied zu beziehen und für die weitgehendste Verbreitung desselben, innerhalb und ausserhalb des Blocks zu sorgen.

5. Jedes Mitglied der KPOe hat die Aufgabe,all überall für die unbedingte Einheit der Gewerkschaften einzutreten.Wo Arbeiter nicht zu bewegen sind,der Gewerkschaft ihrer Branche anzugehören,oder von ihrem Austritt nicht abzuhalten sind,haben die Mitglieder der KPOe.die Aufgabe,sie für den revolutionären Block ihrer Branche zu gewinnen,um sie durch den Block zu einer gewerkschaftlichen Einheit als Voraussetzung der erfolgreichen Abwehr der Offensive des Kapitals zu führen.

- - - - - - - - - - - - - - - - -

Die Vertreter der Parteiminderheit Gen.Friedländer und Richter an die EXKI.
Wien,21.März 1923.

" Sl. 2.) Hand in Hand mit dieser Massregelung wertvoller und für die Partei erprobter Kräfte,an denen unsere Partei ja furchtbar arm ist,geht ihr planmässiges Mundtotmachung,bezw.ihre vollständige Abschaltung von der Masse und ebenso von den Parteimitgliedern-Auch dafür sind wir bereit detaillierte Beweise zu geben."

S.2.) Soweit uns bekannt ist,ist in der KI den Redakteuren,zumal wenn sie Parteivorstandsmitglieder sind,zur Pflicht gemacht,ein bis zweimal in der Woche mit der Arbeiterschaft in unmittelbare Berührung zu kommen.Es ist notwendig,dass die Exekutive der Komintern diese Kleinigkeit der gegenwärtigen Parteivorstandsmehrheit eingeschärft.

S.3." 5. Wir ersuchen die Exekutive zu diesen Dingen Stellung zu nehmen Die ausführliche Begründung des Demissionsangebotes der PV-Minderheit wird mit nächster Post folgen.Wir möchten insbesondere den Appel um Objektivität an Sie richten.

Mit kom.Gruss die Vertreter der Partei Minderheit:Friedländer-Richter.

- - - - - - - - - - - - - - - - -

Aus der Beilage zum Protokoll PVS 23.II Antrag.
Friedländer

4. Gen. Fr hat eine eminent wichtige politische Frage(die Warenumsatzsteuer) ohne dass sie vorher im PV verhandelt wurde,in die Obmännerkonferenz,also in eine technische Körperschaft gebracht,obwohl er wusste,dass das Präsidium zur Besprechung der politischen Fragen eine ausserordentliche PVSitzung für den nächsten Tag vorbereitete.Aus Obigem ist klar und deutlich ersichtlich,da dass Gen.Fr.die Aktion,die von der Internationale angeordnet und von der Partei beschlossen worden war,in bewusster Weise geschädigt hat. Der PV spricht Gen.Friedländer für diese Handlung die schärfste Rüge aus und erklärt,dass ,wenn Gen.Fr.weiter fortfährt durch Handlungen,die eine Gefährdung der Durchführung vom PV beschlossener Aktionen darstellen,wie dies in der Obmännerkonferenz bereits geschehen ist,die Parteiarbeit zu schädigen, er genötigt sein würde gegen den Gen.Fr.schärfste organisatorischen Massnahmen zur Anwendung zu bringen.

- - - - - - - - - - - - - - -

Aus dem Brief des Genossen Emitin an das Präsidium des EKKI. 28.2.1923.

Werte Genossen .

Die Lage in der KPOe.ist äusserst schwierig.Sie befindet sich auf dem Wege der Zersetzung.Nach Angaben des Gen.Koritschoner hat sie in diesem Jahre 3ooo zahlende Mitglieder(24 bis 3o% verloren.Gegenwärtig hat sie 9 bis 1o ooo zahlende Mitglieder, zusammen mit den nichtzahlenden 15.ooo.

Dieser Verlust ist anscheinend dadurch zu erklären,dass das ZK die ganze Zeit hindurch mit den persönlichen Zwistigkeiten und nicht mit politischer Arbeit beschäftigt war.Aus den Protokollen des ZK könnt Ihr sehen, dass sie den grossen Teil der Zeit diesen Zwistigkeiten opferten und der politischen und Parteiarbeit fast keinerlei Aufmerksamkeit widmeten.Auf die Partei übte dies eine demoralisierende und zersetztende Wirkung aus.Daran sind beide Teile schuld.Ich selbst hörte dieser Tage eine Reihe schmutziger Geschichten,die die Mitglieder des ZK voeinander erzählen und von denen sie auch in den allgemeinen Versammlungen der Parteimitgliedschaft sprechen.Gleichzeitig sind die objektiven Verhältnisse in Oesterreich unserer Partei günstig und wenn nicht dieser scheussliche,zersetzende Parteihader wäre,so könnten wir eine Partei von 3o bis 4o ooo Mitgliedern haben."

Protokoll der Sitzung des PV der KPOe.
Dienstag, 8. Mai 193.

Anwesend: Fiala, Hoschek, Ketzlik, Koritschoner, Riess, Strömer, Toman, Grün, Pölzer, Wertheim.
Entschuldigt: Friedländer, Mayer, Paukert, Richter, Hexmann.
Vors. Toman, Schrif. Grün.

- - - - - - - -

Tagesordnung: Stellungsnahme zu dem Telegramm des Präs. der EKKI.

Koritschoner: begründet Einberufung ausserordentlicher Sitzung durch Präsidium mit Einlangen dTelegramm aus Moskau. Beschluss des Präsidiums: Es sollen Koritschoner, Toman und Frey zur Erw. Sitzung delegiert werden. Bitte Beschluss durchführen und keine Ersatzwahl zu veranlassen. Toman womöglich Gewerkschaftsmandat. Kausinen. Präsidium". KPOe nahm dazu Stellung und stellt fest, dass wichtige politische Ereignisse durch tägliches Anwachsen der Faszistengefahr vor uns stehen, ebenso eine Fülle gewerkschaftlicher Aufgaben; Blocks in Aufbauperiode, Schwierigkeiten im neuen Strassenbahnverband Gewerkschaftskongresse, Kampf um Betriebsrätekongress usw. Ketzlik ist überlastet. Es können nicht 2 Mitglieder des Präsidiums abwesend sein, wo doch das dritte im Betriebe steht. EKKI ist zu verständigen, dass Tomann unabkömmlich.
S t r ö m e r spricht sich für die Enthebung des Toman statt Koritschoner aus, da letzterer Schwierigkeiten haben dürfte.
Toman: Koritschoner hat Schwierigkeiten Passbeschaffung überwunden, während ich dies nicht mehr kann. Koritschoner könnte zwischen Arbeit im Betrieb und in Redaktion nicht Arbeit leisten, die erforderlich. EKKI müssen Gründe bekanntgegeben werden.
F i a l e : schliess sichan. Wir können uns nicht leidender und vollarbeiten der Genossen in diesem Augenblick entblössen. Das kann und muss EKKI begreiflich gemacht werden.

P o l z e r : Ueber Frage, ob Koritschoner oder Toman zu entsenden ist, ist in Parteivorstandsitzung schon entschieden. EKKI muss politische Lage und gewerkschaftliche Arbeit geschildert werden.

Wertheim: Entscheidung über Parteistreitgkeiten hätten hier zu fallen gehabt nicht erst in Moskau. Verständigung des EKKI über Aufrechterhaltung des Beschlusses müsste auch telegrafisch erfolgen, da Schwierigkeiten wahrscheinlich.
R i e s s : bezweifelt Notwendigkeit der Entsendung Frey.
G r ü n : verweist auf bereits gefassten und EKKI schon bekanntgegebenen Beschluss Parteivorstandes. EKKI um Vorladung des Frey zu ersuchen. Ausübung des Mandats der KPOe. in Erw. Exekutive und General RGI Recht und Pflicht Mandat selbstverständlich nur dem Delegierten Koritschoner zu übertragen, Frey geht nur als Vorgeladener, nicht mit Mandat der Partei.
K e t z l i k : weist derzeitige Unentbehrlichkeit Toman in Gew. Arbeit nach. Schon Entsendung von Koritsch. ist Erschwerung gewerk. Arbeit, käme Toman dazu, so wäre dies unüberwindliches Hemmis, Toman hat im April allein 13 rein gewerkschaftliche Sitzungen gehabt.
T o m a n : teilt mit, dass der entschuldigt abwesende Gen. Richter erklärt hat, für Beibehaltung alten Beschluss zu sein. Friedländer und Hexman sind durch andere Pflichten am Erscheinen verhindert, Mayer und Paukert konnten nicht mehr erreicht werden.
Der Antrag des Präsidiums, Delegierung Koritschoners zur Er. Ex. und Generalrat der RGI ~~ekwiz~~ aufrechtzuerhalten, ebenso Ersuchen an Präs. der KI Frey vorzuladen und EKKI zu verständigen, dass Entsendung auch von Tomann wegen politischer Lage und Ueberfülle polit. und gewerk. Arbeiten unmöglich, wird gegen 1 Stimme angenommen.

Schriftführer: Grün

Vorsitzende Toman.

An die Landesleitungen und Lokalausschüsse der K.P.Oe.

Die erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale hat auf der letzten Tagung eine österreichische Kommission eingesetzt, welche eine Resolution ausgearbeitet hat. Gemäss Auftrag des EKKI (Exekutivkomitee der Komm. Intern.) haben wir den grössten Teil dieser Resolution in der heutigen "Roten Fahne" veröffentlicht. Im Auftrage der Exekutive geben wir den Mitgliedern der Landesleitung und den Mitgliedern der Lokalausschüsse der K.P.Oe. den restlichen Teil der von der österreichischen Kommission vorgeschlagenen und vom EKKI angenommenen Resolution bekannt, welcher lautet:

Zur inneren Lage der Partei

" Nach dem Parteitag haben die beiden Fraktionen nicht aufgehört, die persönlichen Differenzen innerhalb der Partei weiterzuführen und so eine zweckmässige proletarische organisatorische und gewerkschaftliche Arbeit der Partei erschwert.

Die Referate der Genossen Koritschoner und Frey, sowie das übrige österreichische Material lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das Bestreben der Führer der beiden Fraktionen die persönlichen Differenzen im Interesse eines zweckmässigen Zusammenarbeitens zurückzustellen nicht sehr gross war. Die erste Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit der K.P.Oe. besthe tin der Bedingungslosen Erklärung und ehrlichen Absicht der Führer beider Fraktionen, den persönlichen Kampf in jeder Beziehung sofort einzustellen und die Verpflichtung zu übernehmen, für die Lösung der hier schon erwähnten grossen Aufgaben der Partei gemeinsam zu arbeiten.

Die Parteiminderheit muss sich den Beschlüssen des Parteivorstandes und allen übrigen Parteiinstanzen fügen.

Vor jeder Beschlussfassung hat jeder Parteigenossen - natürlich auch aus der Minderheit - das volle Recht, seinen Standpunkt zu vertreten. Die Partei darf auf keine ihrer Kräfte verzichten, sie muss es vielmehr verstehen, jeden Genossen ganz unabhängig davon, zu welcher Richtung er gehören mag, zu verwenden und auf den richtigen Posten zu stellen. Insbesondere muss mit allen Mitteln die Uebertragung der Parteidifferenzen auf die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen verhindert werden."

Wir bringen dies hiemit den Mitgliedern der Landesleitung und der Lokalausschüsse zur Kenntnis und zeichnen

mit Parteigruss
Im Auftrage des Parteivorstandes der K.P.Oe.
Das Präsidium der K.P.Oe.:
Gottlieb FIALA, Alois KETZLIK, Karl TOMANN.

Reichssekretär
K.P.Oe.
Josef FRANZ.

Wien, den 10. Juli 1923.

Oesterreichische Frage.

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch folgende Hauptzüge charakterisiert: a) die völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die extreme reaktionäre Politik Seipels, die ausschließlich gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet ist, c) die Zunahme des Faschismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter schreiten, d) die Erstarkung der von einer Restauration träumenden rein monarchistischen Organisation, e) die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage, das Anwachsen der Teuerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, f) die Lage der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zur Herabsetzung des ohnehin niedrigen, hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohnes, ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verschlimmert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstöße über.

Die österreichische sozialdemokratische Partei, diese Hauptfeste der früheren 2½. Internationale, setzt ihre Politik des Verrates an den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, die Politik der Kraft- und Hilflosigkeit gegenüber der kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgeoisie fort. Die Arbeitermassen und sogar einzelne sozialdemokratische Organisationen werden immer mehr von dieser Politik enttäuscht und treten gegen ihre Führer auf, wie es bei den Streiks, die gegen den Beschluß der sozialdemokratischen Zentralorgane veranstaltet wurden wie auch bei anderen Aktionen der Arbeiterschaft geschehen ist.

Alles das muß die KPOe. veranlassen, mit besonderer Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und den Faschismus und auf die Lösung folgender wichtiger Aufgaben der Partei zu richten:

1. Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die KPOe. hat, wie jede andere Sektion der KI, die Verpflichtung, im Sinne der Beschlüsse des IV. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutive für die Arbeiter- und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipel-Regierung oder gegen eine Koalitionsregierung und die Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitern Oesterreichs nicht ernst genommen werden, wenn die KPOe. nicht imstande ist, in diesem Kampf ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Bauern- und Arbeiterregierung ist also nicht allein eine Propaganda-, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agitation der KPOe. wird aber, soweit sie sich auf die Arbeiter- und Bauernregierung bezieht, wirkungslos und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertigbringt, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch, enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herzustellen. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die KPOe. ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

2. Wahlfrage.

Die KPOe. muß selbständig in den Wahlkampf eintreten. Eine gemeinsame Wahlplattform kann sie nur mit dem oppositionellen Gewerkschaftsblock aufstellen. Die Partei muß in ihrer Wahlkampfplattform ihren kommunistischen Standpunkt präzisieren. Die KPOe. wird im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die christliche soziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung in den Wahlkampf gehen. Arbeitet die Partei auf dem Boden, auf den sie gestellt ist, gut, erfüllt sie ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations- und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen und Halbproletariermassen und vor allem unter dem Landproletariat, dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewußten revolutionären Klassenkämpfer, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die KPOe. muß selbstverständlich die arbeiterverräterische Haltung der sozialdemokratischen Partei aufzeigen.

3. Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der KPOe. entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des 4. Kongresses und des 2. Profinternkongresses. Auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit hat die KPOe. auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben sich verantwortliche Instanzen der Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige ernste Fehler zuschulden kommen lassen. Aus den Referaten der Genossen Koritschoner und Frey geht hervor, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der KPOe. bei Lohnverhandlungen nicht immer so aufgetreten sind, wie das den von der RGI. formulierten Grundsätzen entsprechen würde. Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme unserer Vertrauenspersonen rechtzeitig erwogen, gut vorbereitet und dann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Die Partei muß den Reformisten nicht nur ihre Kritik, sondern auch ihre positiven Vorschläge entgegenstellen. In allen Lohnkomitees, Betriebsrätekonferenzen u. dgl. müssen die Blockvertreter die revolutionären Auffassungen entsprechend den Richtlinien der RGI. vertreten, und zwar auch dann, wenn die Gefahr besteht, daß unsere Genossen deswegen aus diesen Körperschaften von den Reformisten ausgeschlossen werden. Auf keinen Fall dürfen sich die kommunistischen Vertrauenspersonen die Mitwirkung bei irgendwelchen Kämpfen oder Lohnverhandlungen durch den Verzicht auf die Vertretung unserer Grundsätze ermöglichen. Nach Abschluß solcher Lohnbewegungen, die durch die Schuld der Reformisten mit einem Mißerfolg endigen, muß eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben, mit einer genauen Darlegung unserer Stellungnahme erfolgen.

4. Jugendorganisation.

Ohne auf alle Einzelheiten der Differenzen zwischen der KPOe. und KJOe. einzugehen, soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden, daß es die Partei fertigbringen muß, ein gutes Einvernehmen mit der JOe. zu ermöglichen. Die Partei muß bestrebt sein, immer das beste Verhältnis zur JOe. aufrechtzuerhalten. Auf der von der JK. (KJI.) festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei; dabei darf jedoch ihre organisatorische Selbständigkeit, gemäß den internationalen Beschlüssen, nicht eingeschränkt werden. Im Jugendverband muß, wie in der Partei, jedes fraktionelle Unwesen unbedingt aufhören.

5. Parteipresse.

Es ist festgestellt worden, daß es die Redaktion der „Roten Fahne" nicht immer verstand, politisch-aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongress der 2. und 2½. Internationale und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiterregierung. Die Redaktion der „Roten Fahne" hat diesen Fragen eine in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die Presse der Partei muß mehr als bisher über bloße Tatsachenmitteilungen hinausgehen, die Tagesereignisse mehr in ihrem sozialen Zusammenhange beleuchten, und zugleich die Losungen der Komintern propagieren.

In persönlicher Hinsicht.

Die Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich, jeden persönlichen und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und allen Versuchen einer Neubildung von Fraktionen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die erweiterte Exekutive zur österreichischen Frage.

Die Schlußsitzung der erweiterten Exekutive in Moskau hat über die österreichische, die italienische, die schweizer und die Balkanfrage einstimmige Beschlüsse gefaßt. Wir drucken heute die Resolution über Oesterreich ab und werden in den nächsten Nummern den Inhalt der anderen Resolutionen mitteilen.

Die von der österreichischen Kommission einhellig vorgeschlagene und von der Exekutive bestätigte Resolution lautet:

Die gegenwärtige Lage in Oesterreich wird durch folgende Hauptzüge charakterisiert: a) die völlige Abhängigkeit Oesterreichs von der Entente, deren Vertreter fast unumschränkter Herr im Lande ist, b) die extreme reaktionäre Politik Seipels, die ausschließlich gegen die österreichische Arbeiterklasse gerichtet ist, c) die Zunahme des Faszismus, dessen Kampforganisationen schon an die ersten Versuche zur Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen und zur blutigen Niederringung der Arbeiter schreiten, d) die Erstarkung der von einer Restauration träumenden rein monarchistischen Organisation, e) die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage, das Anwachsen der Teuerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, f) die Lage der Arbeiterklasse wird durch das Streben der Kapitalisten zur Herabsetzung des ohnehin niedrigen, hinter der Teuerung weit zurückbleibenden Arbeitslohnes, ferner durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verschlimmert.

Infolge der angeführten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spitzt sich der Klassenkampf in Oesterreich stark zu und geht oft in einzelne bewaffnete Zusammenstöße über.

Die österreichische sozialdemokratische Partei, diese Hauptfeste der früheren 2½ Internationale, setzt ihre Politik des Verrates an den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, die Politik der Kraft- und Hilflosigkeit gegenüber der kapitalistischen Offensive, die Politik der Unterstützung der Bourgeoisie fort. Die Arbeitermassen und sogar einzelne sozialdemokratische Organisationen werden immer mehr von dieser Politik enttäuscht und treten gegen ihre Führer auf, wie es bei den Streiks, die gegen den Beschluß der sozialdemokratischen Zentralorgane veranstaltet wurden, wie auch bei anderen Aktionen der Arbeiterschaft geschehen ist.

Alles das muß die KPOe. veranlassen, mit besonderer Energie und Klarheit an ihrer politischen Linie festzuhalten und ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Heranziehung der Arbeitermassen zum Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und den Faszismus und auf die Lösung folgender wichtiger Aufgaben der Partei zu richten:

1. Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die KPOe. hat, wie jede Sektion der KI., die Verpflichtung, im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutive für die Arbeiter- und Bauernregierung eine verständliche Propaganda zu entfalten. Der Kampf gegen die Seipel-Regierung oder gegen eine Koalitionsregierung und die Sozialdemokraten kann erfolgreich nicht geführt und von den revolutionären Arbeitern Oesterreichs nicht ernst genommen werden, wenn die KPOe. nicht imstande ist, in diesem Kampf ein praktisches Ziel aufzuzeigen. Die Bauern- und Arbeiterregierung ist also nicht allein eine Propaganda-, sondern auch eine Aktionslosung. Die Agitation der KPOe. wird aber, soweit sie sich auf die Arbeiter- und Bauernregierung bezieht, wirkungslos und für die breiten Massen unverständlich bleiben, wenn es die Partei nicht fertigbringt, praktisch, also organisatorisch und agitatorisch, enge Beziehungen mit der Landarbeiterbevölkerung herzustellen. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die KPOe. ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt.

2. Wahlfrage.

Die KPOe. muß selbständig in den Wahlkampf eintreten. Eine gemeinsame Wahlplattform kann sie nur mit dem oppositionellen Gewerkschaftsblock aufstellen. Die Partei muß in ihrer Wahlkampfplattform ihren kommunistischen Standpunkt präzisieren. Die KPOe. wird im Zeichen des Kampfes gegen den Faszismus, gegen die christliche soziale Regierung, gegen die Koalitionsregierung und für die Arbeiter- und Bauernregierung in den Wahlkampf gehen. Arbeitet die Partei auf dem Boden, auf den sie gestellt ist, gut, erfüllt sie ihre Pflichten auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der Agitations- und Propagandaarbeit nicht nur unter den proletarischen Schichten, sondern auch unter den kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen und vor allem unter dem Landproletariat, dann wird sie imstande sein, die Stimmen nicht nur der bewußten revolutionären Klassenkämpfer, sondern auch einen Teil der Stimmen ehrlicher Gegner des Kapitalismus auf die Liste der Kommunistischen Partei zu vereinigen. Die KPOe. muß selbstverständlich die arbeiterverräterische Haltung der sozialdemokratischen Partei aufzeigen.

3. Die Gewerkschaftsfrage.

Die Gewerkschaftstaktik der KPOe. entspricht im allgemeinen den Beschlüssen des 4. Kongresses und des 2. Profinternkongresses. Auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit hat die KPOe. auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Aber gerade in letzter Zeit haben sich verantwortliche Instanzen der Partei auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit einige ernste Fehler zuschulden kommen lassen. Aus den Referaten der Genossen Koritschoner und Frey geht hervor, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der KPOe. bei Lohnverhandlungen nicht immer so aufgetreten sind, wie das den von der RGJ. formulierten Grundsätzen entsprechen würde. Bei allen Lohnbewegungen soll die Stellungnahme unserer Vertrauensdann überall einheitlich und geschlossen vertreten werden. Die Partei muß den Reformisten nicht nur ihre Kritik, sondern auch ihre positiven Vorschläge entgegenstellen. In allen Lohnkomitees, Betriebsrätekonferenzen u. dgl. müssen die Blockvertreter die revolutionären Auffassungen entsprechend den Richtlinien der RGJ. vertreten, und zwar auch dann, wenn die Gefahr besteht, daß unsere Genossen deswegen aus diesen Körperschaften von den Reformisten ausgeschlossen werden. Auf keinen Fall dürfen sich die kommunistischen Vertrauenspersonen die Mitwirkung bei irgendwelchen Kämpfen oder Lohnverhandlungen durch den Verzicht auf die Vertretung unserer Grundsätze ermöglichen. Nach Abschluß solcher Lohnbewegungen, die durch die Schuld der Reformisten mit einem Mißerfolg endigen, muß eine gründliche Auswertung in der Presse und insbesondere in den Betrieben mit einer genauen Darlegung unserer Stellungnahme erfolgen.

4. Jugendorganisation.

Ohne auf alle Einzelheiten der Differenzen zwischen der KPOe. und KJOe. einzugehen, soll hier nur ganz allgemein festgestellt werden, daß es die Partei fertigbringen muß, ein gutes Einvernehmen mit der JOe. zu ermöglichen. Die Partei muß bestrebt sein, immer das beste Verhältnis zur JOe. aufrechtzuerhalten. Auf der von der JI. (KJI.) festgelegten Linie untersteht die Jugend politisch und taktisch der Partei; dabei darf jedoch ihre organisatorische Selbständigkeit, gemäß den internationalen Beschlüssen, nicht eingeschränkt werden. Im Jugendverband muß, wie in der Partei, jedes fraktionelle Unwesen unbedingt aufhören.

5. Parteipresse.

Es ist festgestellt worden, daß es die Redaktion der „Roten Fahne" nicht immer verstand, politisch-aktuell zu sein. Wir erinnern hier nur an die Ermordung Worowskis, an den Vereinigungskongreß der 2. und 2½. Internationale und nicht zuletzt an die Propaganda für die Arbeiterregierung. Die Redaktion der „Roten Fahne" hat diesen Fragen eine in jeder Beziehung geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die Presse der Partei muß mehr als bisher über bloße Tatsachenmitteilungen hinausgehen, die Tagesereignisse mehr in ihrem sozialen Zusammenhange beleuchten und zugleich die Losungen der Komintern propagieren.

In persönlicher Hinsicht.

Die Vertreter der beiden Fraktionen verpflichten sich, jeden persönlichen und fraktionellen Kampf sofort einzustellen und allen Versuchen einer Neubildung von Fraktionen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten.

An die Exekutive der KI. Werte Genossen !

Sonntag den 15. Juli tagte der Zentralausschuss. Auf der Tagesordnung stand 1.) Tätigkeitsbericht der Zentrale 2.) die Frage der Wahlen. Im Verlaufe der Debatte wurde die ganze Parteikrise aufgerollt und Beschlüsse gefasst gegen die Jugend, gegen Gen. Sonnenschein, gegen Frey und Daniel Parteigericht einzusetzen wegen Fraktionsbildung und überdies Daniel bis zur parteigerichtlichen Entscheidung zu suspendieren.

Bei der Beschlussfassung über die öst. Frage hat der Vorsitzende Neurath im Plenum verlautbart: "Die Kommission hat den Beschluss gefasst, der PV der KPö verpflichtet die Vertreter der Minderheitsfraktion zu jeder, auch der politischen Führung heranzuziehen. Wir erwarten, dass der öst. PV diesen Beschluss loyal durchführt. Trotz dieses Beschlusses und trotz des weiteren Beschlusses dass Gen. Frey zu allen wichtigen Beratungen des Polbüros und der Zentrale zuzuziehen ist und die Zentrale ist ein Teil des Zentralausschusses) und trotzdem die Richtigkeit der Tagesordnung ausser Zweifel stand wurde ich (Frey) nicht zugezogen. Der Antrag mich zuzuziehen wurde im PV von der PVmehrheit abgelehnt.

Ich habe mit Koritschoner in Moskau vereinbart, dass meine Zuziehung erst beginnen soll bis wir beide vom Urlaub zurückkehren, aber das geschah unter der ausdrücklichen Bedingung, dass erst dann in der erweiterten Parteivorstandssitzung über die Parteikrise gesprochen werden soll und zwar unter Zuziehung meiner Pn.

Dass ich der die Parteikrise abschliessenden Sitzung beigezogen werden muss geht aus dem letzten Schreiben der Exekutive hervor, dessen Entwurf mir Gen. Neurath in Moskau fehlbesprochen. Moskau am 6./7. zurückgekehrt und trete am 18./7. den Urlaub an. Ich habe mir während dieser Tage die denkbar grö ste Zurückhaltung auferlegt. Ich bin nicht einmal in die Lokalorganisation meines Bezirkes gegangen um nicht auf etwaige Interpellationen antworten zu müssen und so jeder Debatte über die Parteikrise aus dem Weg zugehen. Bei dem grossen Interesse der Parteigenossen war es natürlich unausweichlich, dass der eine oder andere Genosse der mich traf oder aufsuchte, fragen an mich stellte. Ich habe mich damit begnügt auf die öst. Resolution hinzuweisen und den Genossen gesagt die Genossen mögen jede Kritik zurückstellen auch wenn Fehler geschehen ja selbst wenn Unrecht geübt wird von ganz ausserordentlichen Fällen abgesehen. In der Tat loyaler konnte ich überhaupt nicht mehr sein.

Die PVmehrheit zeigte von vorneherein nicht die Absicht loyal zu handeln. Zum Beispiel wurde in der Presse vollkommen verschwiegen, dass ich als beratender Delegierter zu der Erweiterten Exekutive zugezogen und der Balkankommission zugeteilt worden bin. Meine Rede zum Punkt Faschismus wurde nicht mit einer Silbe erwähnt. Dieses Totschweigen nach der Entscheidung des EKKI ist symptomatisch dafür dass bei der PVmehrheit der gute Wille nicht vorhanden ist dem Wunsche des EKKI nach Beilegung der Krise Nachzukommen. Mehr noch die Beschlüsse des EKKI werden von der PVmehrheit glatt durchbrochen:

1. Frey wurde entgegn den Beschlüssen und trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung und trotzdem über die Parteikrise die Debatte aufgerollt wurde nicht zugezogen.
2. Von neuem setzt die PVmehrheit mit dem persönlichen Kampfe ein.
3. Von neuem wurde der Jugend der Kampf angesagt.
4. Trotz Moskau bleibt der 20jährige Student Pappe, der rund ein Jahr in der Arbeiterbewegung steht auf einem der wichtigsten Posten der Partei.
5. Auf lächerliche Redensarten hin wie: der X war beim Frey, der Y hat mit dem Frey gesprochen, der Daniel hat mit einem Genossen über das Ergebnis der Erweiterten Exekutive in der öst. Frage gesprochen wurde gegen Frey und Daniel das Parteigericht verhängt und Daniel gar, der der beste Parteiarbeiter ist in Steiermark, Vorsitzender der Landesorganisation, aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen, seit mehr als einem Jahre arbeitslos, wurde suspendiert. Und das alles auf unstichhaltige Behauptungen hin ohne sie zu prüfen, und obwohl ein Brief von Daniel vorliegt, der beweist dass er in versöhnlichem Sinne auf eine Lösung der Krise hinarbeitet.
7. Statt der Absicht der Internationale nachzukommen, die Krise abzubauen, den Frieden in der Partei herbeizuführen, rollt die PVmehrheit die Krise von neuem und zwar in schärfster Form ~~XXX~~ von neuem auf und zwar in einem Moment wo die ganzen Wahlarbeiten und der Wahlausgang dadurch gefährdet werden. Die PVmehrheit arbeitet mit den mechanischen Methoden weiter die das EKKI missbilligt hat, vergiftet das Parteileben und verekelt vielen Arbeitern die Freude an der Partei oder doch wenigstens an der Parteiarbeit.

Der Gen. Neumann, der von der deutschen Zentrale her zur Verfügung gestellt wurde, seit etwa 14 Tagen hier und vollkommen neutral ist hat angesichts dieses ungeheuerlichen Vorgehens des PV in seiner Funktion als Vorsitzender des Reichswahlkomitees demissioniert mit der Begründung dass der PV die Parteikrise weitertreibe statt gemäss dem Willen des EKKI auf die Lösung hinzuarbeiten und so die Vorbereitungen der Wahlen und deren Ausgang selbst auf das schwerste gefährde.

Auf dem Zentralausschuss wurde beschlossen 25 Kandidaten aufzustellen und sie auf den Listen untereinander wechseln zu lassen. Es liess sich zu der Kandidaten frage verschiedenes sagen hier nur das allerwichtigste:

1. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt ohne die Lokalorganisationen auch nur nach ihrem Wünschen zu fragen und Vorschlägen zu fragen.

2. Statt in jedem Wahlbezirk auch die hervorragendsten kommunistischen Arbeiter des betreffenden Bezirkes zukandidieren und sichdarauf zu beschränken die Spitzenkandidaten und die 2. weiten Kadidaten höchstens nicht unbedingt dem Bezirke zu entnehmen, werden die Arbeiterkandidaturen in allen Bezirken unter den Tisch fallen gelassen.

3. Ein so hervorragend tüchtiger Genosse wie Deubler, der von Beginn an bei der Partei ist, Reichssekretär für Organisation gewesen ist, der nun 8 Monaten als gemeiner Verbrecher behandelt im Kerker sitzt, weil er Lindner dem ärgsten Verräter gegen Auer (München) auf der Flucht geholfen, Deubler nun wird nicht einmal Kandidat aufgestellt, auch nicht an letzter Stelle.
Dafür wird Grünn las Spitzenkandidat aufgestellt, über dessen Qualitäten nicht viel zu sagen nötig ist, weil er ja in Moskau genügend bekannt ist.

4.) Ich (Frey) werde in Graz aufgestellt. Das bedeutet die Behandlung als absoluter Outsider. Ich ersuche nicht um eine Abänderung, ich bringe das nur zur Kenntnis, damit das EKKI sieht wie die andere Seite den Beschlüssen des EKKI ein hält, der da lautet: "alle Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen und jede Kraft auf der möglichen Platz zu stellen."

Zur Frage Sonnenschein: "Vor vielen Monaten hat sich in Salzburg eine Genossenschaft gebildet die mit der Arbeiterhilfe in Verbindung getreten ist. Die Partei erkannte damals, dass diese Genossenschaft ein auf Gewinn berechnetes Privatunternehmen sei und ihren Geschäftsmethoden nach bestimmt zu Schweinereien führen werde. Darum hat die Partei die Beziehungen der Arbeiterhilfe zu dieser Genossenschaft gelöst. Heute sind in der Tat die Schweinereien bei der Genossenschaft da und das rechtzeitige Eingreifen wurde die Partei davor bewahrt in den Skandal hineingezogen zu werden.

Heute dreht die PVmehrheit die Sache so als sei durch die damalige Lösung die Genossenschaft heute in die Schweinereien getrieben worden!

Ganz unverständlich aber ist es wieso mit dieser Verdrehung gerade gegen Sonnenschein vorgegangen wird. Jene Lösung kam auf Grund eines Antrages des Arbeiterhilfekomitees (Biebring, Friedländer, Sonnenschein) an das Orbüro welches diesem Antrag zugestimmt hat.

Ich erinnere mich übrigens dunkel, dass die russische Mission in Wien auf die Lösung gedrungen hat.

In meinem Memorandum an die österreichische Kommission in Moskau habe ich schon erklärt, dass das wichtigste für die Lösung der Krise sei, wie immer die Entscheidung ausfallen möge, dafür zu sorgen und darüber zu wachen das beide Seiten, nicht nur wir, sondern auch die andere Seite die Beschlüsse des EKKI einhalten muss.

Die Sachlage jetzt ist die: dass die PVmehrheit klipp und klar die Beschlüsse des EKKI durchbricht. Auch politisch! Die Prüfung des Leitartikels vom 15. Juli letzter Absatz, zeigt, dass die PVmehrheit in der Frage der Arbeiterregierung ihre alte Einstellung trotz der Korrektur durch die Exekutive beibehält, das heisst Nicht praktisches Ziel wird der Betriebsrätekongress und nicht die Arbeiterregierung aufgezeigt und Statt gemäss den Beschlüssen bereits die Arbeiter und Bauernregierung zu propagieren und verständlich zu machen und wird noch immer mit der Losung Arbeiterregierung operiert.

Ein Zustand wobei die anderen die Beschlüsse nicht einhalten, ist unerträglich, ist unhaltbar. Es ist notwendig, dass die Beschlüsse der Exekutive wirklich Geltung gewinnen und Garantien geschaffen werden, dass diese Beschlüsse auch eingehalten werden.

Wien, am 17. Juli 1923.